

KoBra Brasilicum

Ausgabe 249 | Juli 2018

Brasilicum ISSN 2199-7594

Grenzverschiebungen

Ein Streifzug durch vernachlässigte
Debatten und Räume

„Im Griff des Agrobusiness“ - Stadt-Land-
Verhältnisse in den Cerrado-Regionen Mato
Grossos

Martin Coy

Städte in Amazonien

Dieter Gawora

Die Migration von Venezolaner*innen nach
Brasilien und ihr Kampf um Sichtbarkeit

Stefani Rackes da Silva

Indigene Frauenpower zwischen Stadt und Land –
Eindrücke einer Brasilienreise

Uta Grunert

Blue Community – eine Initiative für Wasser als
Menschenrecht und öffentliches Gut auf den
Wasserforen in Brasília

Lisa Krebs

Ohne Feminismus keine Agrarökologie - Interview
mit Ceres Hadich von der MST

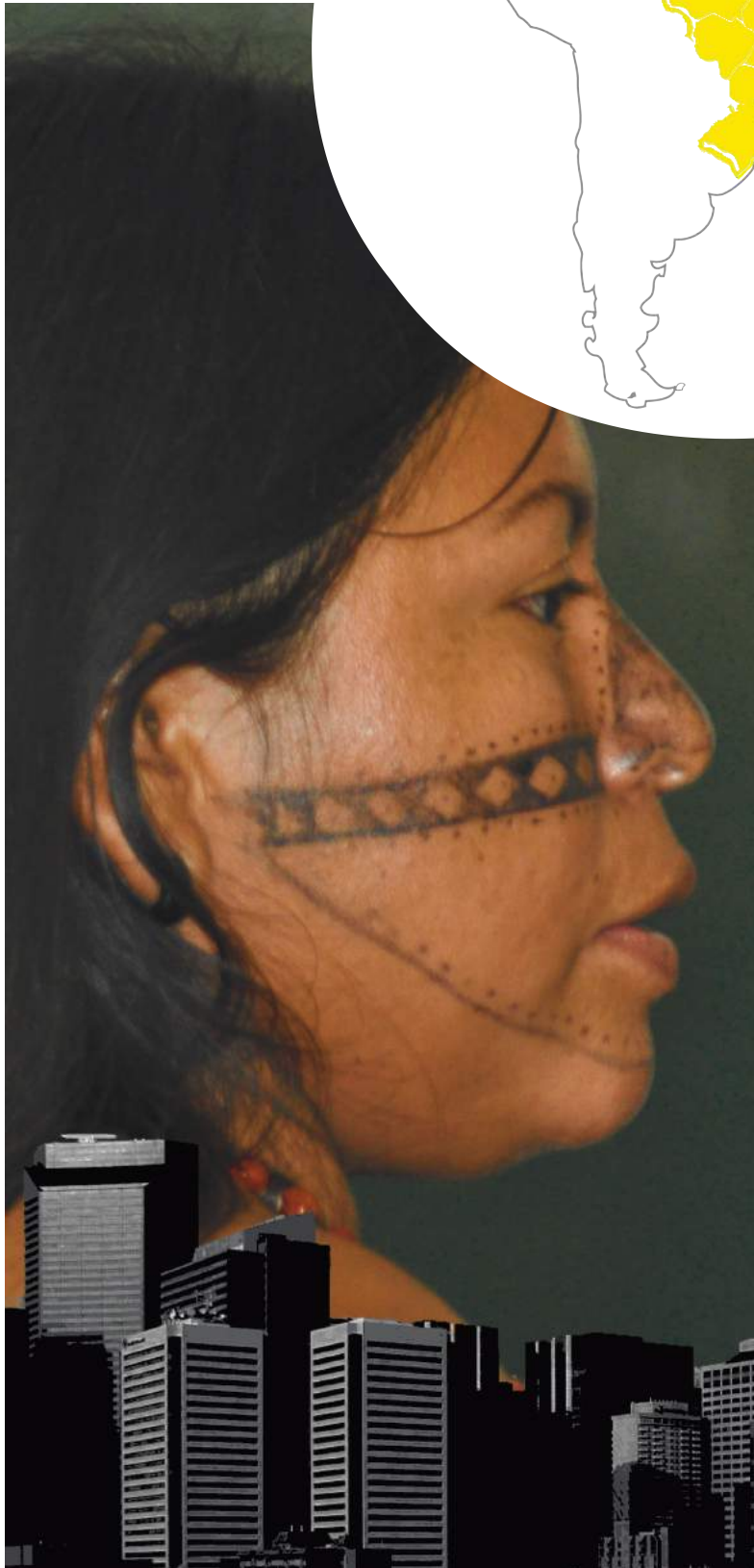
Svea Franz und Jan Erler

Frau, Schwarz, aus der Favela und
Parlamentarierin: Widerstand und Pleonasmus

Marielle Franco

Deutsche Aktienkonzerne in Brasilien – Kritische
Aktionäre fragen auf Hauptversammlungen nach

Fabian Kern



KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website** www.kooperation-brasilien.org informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Runder
Tisch
Brasilien

16. - 18.11.2018, Bonn

[+1C@fé] Podcast

Mit ihren eigenen Waffen – Kritische Aktionäre bei BAYER

Die Übernahme von Monsanto durch Bayer stößt sowohl in Brasilien als auch in Deutschland auf massive Kritik. Wir sprechen mit zwei Protagonisten dieses Widerstands. Wie immer zweisprachig auf Deutsch und Portugiesisch!

<http://www.noch1cafe.org>

Gefördert aus Mitteln des Evangelischen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

Redaktion Phyllis Bußler, Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern, Peter Zorn und Dieter Gawora.

Übersetzungen Fabian Kern.

Druck/Design printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Scribus, Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder und Marianna Patti.

Titelbild Alessandra Munduruku beim Alternativen Wasserforum (FAMA) Foto: Uta Grunert | Rückseite: Flüchtlinge aus Venezuela in Roraima Foto: Stefani Rackes.

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg
Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Editorial

Die Metropolen Rio de Janeiro und São Paulo prägen international das Bild Brasiliens. Zusammen mit Brasília gelten sie als die ökonomischen, politischen und kulturellen Zentren des Landes – hier entstehen 80% aller Medienproduktionen, die im ganzen Land ausgestrahlt werden und den urbanen, modernen, konsumbasierten Lebensstil bis in die Gemeinden Amazoniens hineingetragen. Während diese Metropolen des Südostens ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erfahren, wird anderen brasilianischen Millionenmetropolen, den wachsenden Mittelstädten sowie den vielfältigen anderen urbanen und ländlichen Räumen kaum Beachtung geschenkt. Ländliche Gemeinden mit stark landwirtschaftlicher Prägung liegen neben ausgedehnten Landstrichen, in denen kaum noch Menschen wohnen. Wo früher tausende Arbeiter*innen in der Zuckerrohrernte ihr kärgliches Auskommen fanden, stehen heute Eukalyptusplantagen die von großen Maschinen abgeerntet werden. Wo Mitte des 20. Jahrhunderts noch Indigene eine extensive Landwirtschaft betrieben haben oder von Fischfang und Jagd lebten, erstrecken sich heute Sojaplantagen bis an den Horizont. Die Agrarindustrie und der Ausbau von Wasserkraft im Amazonasgebiet bedrängen die kleinbäuerliche Landwirtschaft, indigene Lebensformen, und traditionelle Gemeinschaften. Die sozio-ökonomischen Realitäten spiegeln sich beispielsweise auch in der Entstehung neuer urbaner ländlicher Zentren des Agrobusiness wider, wie sie Martin Coy eindrücklich beschreibt. Dass Städte nicht isoliert von internationalen politischen Ereignissen existieren, zeigt der Beitrag von Stefani Rackes da Silva zur Situation venezolanischer Geflüchteter in Boa Vista, der Landeshauptstadt des Bundesstaates Roraimas sowie ein Beitrag von Lisa Krebs über die Initiative der Blue Communities, die derzeit in Kanada und der Schweiz entstehen und mittels Städtepartnerschaften auch brasilianische Kommunen erreichen. Die historische Prägung von Städten wird in dem Artikel von Dieter Gawora deutlich, der eine Klassifizierung von Städten im

Amazonasgebiet vornimmt. Die urbanen Zentren als Sinnbild der Moderne stellt auch indigene Frauenbewegungen im Umgang mit der eigenen Identität und Lebensweise vor neue Herausforderungen: Stehen doch die urbanen Räume im Widerspruch zur traditionellen indigenen Lebensform, während diese Räume zugleich neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Identitätsfindung bieten, z.B. was den Wandel hin zu einer nachhaltigen feministischen Agrarökologie betrifft, wie sie Ceres Hadich vom MST im Interview mit Svea Franz und Jan Erler beschreibt.

Die großen Metropolen Brasiliens können auch in diesem Heft doch nicht ganz umgangen werden: In Brasília fand dieses Jahr das Weltwasserforum statt, von dem Uta Grunert in diesem Heft berichtet. Rio de Janeiro wurde am 14. März trauriger Schauplatz der Ermordung der Aktivistin und Stadträtin Marielle Franco. Als Schwarze, feministische und aus der Favela stammende Politikerin steht sie für den Wandel, der tradierte von weißen Männern dominierte Machtverhältnisse in Frage stellte. Zugleich stellt die Ermordung einer bekannten Kommunalpolitikerin inmitten Millionenmetropole ein neues Ausmaß an Gewalt dar. War doch diese Methode, politische Gegner*innen zu bekämpfen, bisher den ländlichen Räumen vorbehalten. Nicht zuletzt gibt ein Beitrag von Fabian Kernen einen Überblick zur unternehmerischen Verantwortung deutscher Konzerne in Brasilien.

Bei der Beschäftigung mit diesem sehr weiten Themenfeld der Stadt-Land-Verhältnisse haben wir gemerkt, dass wir nur einige Aspekte abdecken können. Die im Herbst anstehenden Wahlen, bei denen die oft vernachlässigte Region des Nordostens vermutlich wieder eine große Rolle spielen wird, werden in diesem Heft nicht weiter diskutiert – zu vieles liegt noch im Ungewissen. Wer den Wahlkampfverfolgen möchte, kann sich in den kommenden Monaten auf unserer Website informieren. Das Wahlergebnis diskutieren können wir dann gemeinsam am Runden Tisch Brasilien, der zwischen dem 16. - 18.11.2018 in Bonn stattfinden wird.

die Redaktion



Bis in die 1970er Jahre noch eine weitgehend unerschlossene Peripherie, haben sich die Campos Cerrados, die Baumsavannegebiete des brasilianischen Mittelwestens, die zu einem großen Teil im Bundesstaats Mato Grosso liegen, seit den 1980er Jahren mit dem hoch mechanisierten, fast ausschließlich weltmarktorientierten Sojaanbau zum Prototyp einer „globalisierten Region“ entwickelt. Hierzu bedurfte es einer ganzen Reihe von Vorbedingungen: Der Fernstraßenbau unter der Militärdiktatur wie beispielsweise die BR-163 Cuiabá – Santarém, die zu Beginn der 1970er Jahre gebaut wurde, trug zunächst zur Vertreibung der in diesen Regionen lebenden indigenen Völker bei und öffnete damit buchstäblich die vermeintlich unermesslichen Landreserven für neue Nutzungen. Vor allem aus Südbrazilien stammende Siedlungsfirmen kauften in der Folge im großen Stil Land zu Schleuderpreisen entlang der neuen Straßen auf und verkauften es an (klein)bäuerliche, aus Südbrazilien stammende Familien, die in ihrer bisherigen Heimat mit dem damals stattfindenden Agrarstrukturwandel nicht mehr mithalten konnten. Die Pionierregionen des Cerrado – und die hier tätigen Siedlungsfirmen – versprachen in den 1970er und 1980er Jahren mit billigem Land und günstigen Anbaubedingungen für viele südbrazilianische Migrant*innen ein neues Eldorado. Parallel zur Rodung und landwirtschaftlichen Erschließung entwickelten sich in den Kolonisationsgebieten neue Städte, die die entscheidenden Versorgungs- und Vermarktungsfunktionen für ihr Hinterland übernahmen. Gute Beispiele hierfür sind die perlschnurartig entlang der Bundesstraße Cuiabá-Santarém aufgereihten Cerrado-Städte wie Nova Mutum, Lucas do Rio Verde, Sorriso und Sinop. Letztere ist heute, noch nicht einmal fünfzig Jahre nach Gründung, mit bereits über 100.000 Einwohner*innen die Größte.

„Im Griff des Agrobusiness“ Stadt-Land-Verhältnisse in den Cerrado-Regionen Mato Grossos

von Martin Coy*

Diese Pionierstädte und ihr Hinterland bildeten wirtschaftlich, aber auch sozial, kulturell und politisch inselartige Enklaven. Die Zuwanderung von kapitalkräftigen Farmer*innen aus Südbrazilien und die Durchsetzung des Sojaanbaus machten den Cerrado zum inzwischen wichtigsten Raum des Agrobusiness in Brasilien. Die Sojafarmer*innen bewirtschaften in der Regel Betriebe mit mehreren Hundert Hektar Ackerbaufläche. 1996

wurden zwei Millionen Hektar Land in Mato Grosso mit Soja bewirtschaftet, im Erntejahr 2015/16 waren es bereits über neun Millionen Hektar, auf denen 27,5 Millionen Tonnen Soja produziert wurden. Das globalisierte Agrobusiness ist für den Bundesstaat Mato Grosso längst zum alles überragenden Wirtschaftsfaktor geworden.

Auf den ersten Blick liest sich dieser regionale Boom als wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. In der Tat lässt sich wohl kaum bestreiten, dass viele Akteure im Agrobusiness viel Geld verdient haben und verdienen: Die Farmer*innen selbst, vor allem aber sicherlich die *trader*, also die Zwischenhändler*innen ebenso wie die transnationalen Agrarunternehmen wie ADM, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus, die auch als die „großen Vier“ bekannt sind. Sie kümmern sich nicht nur um den Einkauf, die Lagerung und die Weitervermarktung des Sojas, sondern treten vielen Farmer*innen gegenüber auch als Kreditgeber*innern auf, um ihre Vorleistungsgüter wie beispielsweise Saatgut, Agrochemikalien, Maschinen und anderes zu finanzieren. Auch das Unternehmen Amaggi, des derzeitigen brasilianischen Landwirtschaftsministers Blairo Maggi, gehört zu den ganz großen in diesem lukrativen Geschäft. Viel Geld mit dem Agrobusiness verdienen die Landmaschinenhändler*innen, die Verkäufer*innen von Saatgut und Agrochemikalien, die privaten Dienstleister*innen für das Agrobusiness wie beispielsweise Agraringenieur*innen, Finanzmakler*innen, Vermessungsbüros, oder auf das Farmgeschäft ausgerichtete IT-Berater*innen, der enorm wichtige Logistikbereich (vor allem größere und kleine Transportunternehmen, die dafür sorgen, dass die Sojaproduktion zu den mehreren Tausend Kilometer entfernten Häfen transportiert wird) und schließlich die Konzessionär*innen der großen Automarken – denn die Pickups der Farmer*innen gehören zu den wichtigsten regionalen Statussymbolen. Dieses „Umfeld“ des Agrobusiness bestimmt inzwischen die jungen Städte der Cerrado-Regionen, die sich so schon von Weitem mit den neuen „Landmarken“ der Sojalager und -trocknungsanlagen als „Städte des Agrobusiness“ zu erkennen geben.

Während in diesen „Städten des Agrobusiness“ das durch die Logiken des globalen Marktes bestimmte Geschäft um Soja, Mais, Baumwolle oder auch Rinder dominiert, ist der ländliche Raum durch die fast ausschließlich in Großbetrieben organisierte hochmoderne Präzisionslandwirtschaft zu einer reinen Produktionsmaschine transformiert worden. Immer weniger Menschen leben hier dauerhaft. Die ehemals durchaus vorhandenen bäuerlichen Familienbetriebe der Kolonist*innen und auch die kleineren Farmbetriebe mussten, da sie dem Druck auf ihr Land nicht mehr standhal-

ten konnten, längst den Großfarmen weichen. Oftmals leben nur noch wenige Personen, vielleicht ein Verwalter und ein paar Arbeitskräfte, auf den Farmen. Viele Farmer*innen leben mit ihren Familien lieber das komfortablere Leben in den „Städten des Agrobusiness“ als auf dem Land. Landschulen, Nachbarschaftszentren und Kirchengemeinden, die die ländliche Infrastruktur ausmachen, funktionieren aufgrund der Abwanderung nur noch teilweise. Doch auch die „Städte des Agrobusiness“ sind mit herkömmlichen urbanen Zentren kaum ver-

gleichbar: Zwar wohnen die Großfarmer*innen, wenn sie es sich leisten können, in teuren Villen oder in den an den Rändern der Städte entstehenden abgeschotteten Privilegierten-Ghettos - allein in Sinop gibt es inzwischen vier große gated communities. Doch die landwirtschaftliche Basis ihres sozialen Aufstiegs können und wollen die Farmer*innen nicht verbergen. Insofern sind die „Städte des Agrobusiness“ in ihrer sozial-kulturellen Struktur und ihrer „Urbanität“ eher als „Hybridstädte“, die sich im Spannungsfeld zwischen dem Ländlichen und dem Städtischen befinden, zu bezeichnen. Eines sind diese „Städte des Agrobusiness“ inzwischen allemal: Sie sind die „Steuerungszentralen“ dieser globalisierten Region, die sich das umgebende Land funktional untergeordnet haben. Aufgrund der Inkorporation des hier betriebenen Agrargeschäfts in global organisierte Wertschöpfungsketten und Produktionsnetzwerke sind sie längst auch die Knotenpunkte, über die die Kommandos des Weltmarktes, insbesondere der an den großen Warenbörsen der Welt bestimmten Sojapreise, in die Region „hineingegeben“ werden.

In dieser durch globale Sachzwänge inzwischen vor allen, die Sojanachfrage in China gesteuerten Abhängigkeit liegt natürlich auch das hohe Ausmaß an Verwundbarkeit der Agrobusiness-Regionen des Cerrado begründet. Alternativen sehen die Sojafarmer*innen kaum. Allenfalls die Differenzierung der Fruchtfolgen, Aufforstungen mit Eukalyptus oder anderen schnell wachsenden Arten, sowie in der Kombination mit Weidenutzung und Rinderhaltung. Regionale Wirtschaftskreisläufe, lokale Märkte oder ein Umstellen auf angepasstere



Boiadeiro tocando o gado. Comunidade Entre Rios, Cotriguaçu-MT.

Foto: Icaro Cooke Vieira/CIFOR - Center for International Forestry Research (CC BY-NC-ND 2.0)

Quelle: flickr.com/photos/cifor/

Produkte und Produktionsformen werden kaum als Alternativen wahrgenommen. Zu sehr sind die Farmbetriebe in Kapital-Logiken und Wachstumszwang verhaftet.

Die Kosten dieser Entwicklungen sind enorm. Das ursprünglich durch besonders hohe Biodiversität gekennzeichnete Ökosystem des Cerrado ist inzwischen weiträumig zu einer Agrarwüste degradiert worden, mit hohen Artenverlusten, Bodendegradierungen und sonstigen ökologischen Folgen. Die sozialen Kosten sind in der Vertreibung der Indigenen, aber auch in der Exklusion vieler Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Landlosen zu sehen, die durch den Landhunger des expandierenden Agrobusiness an den Rand gedrängt werden und für die es noch nicht einmal Verwendung als Arbeitskräfte gibt. Viele von ihnen finden sich an den Peripherien dieser „Städte des Agrobusiness“, deren propere Fassade des wirtschaftlichen Erfolgs und des Konsums bei genauerem Hinsehen kaum die wachsenden Viertel der Ausgrenzung, des Prekariats und der Informalität verdecken kann. Das Agrobusiness, dessen politischer Einfluss immer mehr wächst und auf dessen wirtschaftliche Erfolge die momentan politisch bestimmenden Kreise Brasiliens ein permanentes Loblied anstimmen, ist in seinen direkten und Kollateraleffekten also in hohem Maße ambivalent. Die veränderten und in vieler Hinsicht problematischen Stadt-Land-Verhältnisse in den Cerrado-Regionen Mato Grossos sind hierfür ein guter Beleg. ■

* Martin Coy ist Professor für Geographie an der Universität Innsbruck und forscht seit 35 Jahren zu Brasilien, u.a. zur politischen Ökologie, Amazonien, dem Mittelwesten und zu Megastädten..

Die Bevölkerungsmehrheit in Amazonien lebt in Städten. 2010 lebten von den ca. 15,9 Millionen Einwohner*innen der Nord-Region 11,7 Millionen in Städten und 4,2 Millionen auf dem Land. Es gibt also ein demographisches Argument sich mit dieser oft vernachlässigten urbanen Seite Amazonien auseinanderzusetzen. Wobei Stadt nicht gleich Stadt in Amazonien ist. Hier soll eine Annäherung über die Klassifizierung von Stadttypen erfolgen.

Städte in Amazonien

von Dieter Gawora*

Die traditionellen amazonischen Städte

Wenn von präkolonialen Siedlungszentren abgesehen wird, entstanden die Vorläufer heutiger Städte in der Kolonialzeit. Entweder aus direkten kolonialen Interesse, wie das Forte do Presépio, aus dem später die Stadt Belém entstand, oder aus alten Missionsstationen. Besonders hervorgetan hat sich dabei am Ende des 17. Jh. und Anfang des 18. Jh. der böhmische Jesuit Samuel Fritz, auf den am oberen Amazonas mehrere Stadtgründungen zurückgehen (u.a. Tefé, Coari). Alle diese zukünftigen Städte wuchsen langsam und sukzessive. In ihnen bildete sich der dominierende amazonische Phänotyp durch die Verbindungen von Portugiesen und indigenen Frauen. Verbindungen, die von der portugiesischen Krone nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert wurden.

„Die Erkenntnis, dass es unmöglich wäre, ohne die Kooperation der indianischen Bevölkerung Amazonien zu kolonisieren, führte zur offiziellen Förderung von Mischheiraten zwischen Soldaten und Indianerinnen.“ (Benchimol 1999, S. 64)

Diese spezifische Kolonialgeschichte und die Entfernung von den kolonialen Zentren Salvador und Rio de Janeiro führte dazu, dass nicht Portugiesisch sondern Nheengatu, eine auf dem Tupi basierende Kommunikationssprache, zur Língua geral da Amazônia, also zur allgemeinen Umgangssprache in Amazonien wurde. Diese dominierte bis ins 19. Jahrhundert. Kulturelle Ausdrucksformen tradierten sich auf Grund dieser Historie. Ernährungsgewohnheiten erklären sich beispielsweise zum Teil daraus: Fisch und Farinha sind die Grundnahrungsmittel dieser Städte und nicht Reis und Bohnen.

„Die Nachkommen dieser Vereinigung waren die ersten Brasilianer, die von ihren Müttern erzogen und von ihren Vätern dominiert wurden. Sie waren Träger einer Mischkultur – Tupi und Portugiesisch –

und oftmals bilingual. (...) [Sie] hatten eine wichtige Rolle in der Ausweitung der portugiesischen Kontrolle über die Amazonasregion und damit auch für die von den Müttern erlernten Gebräuche, deren Wissen und Gewohnheiten.“ (Wagley 1953, S.40)

Erstes Charakteristikum dieses Stadttyps: Er hat eine amazonische Geschichte mit einer spezifischen amazonischen Kultur. Der Kautschukboom Ende des 19. Jh., Anfang des 20. Jh. (der hier nicht weiter betrachtet wird) veränderte diese Städte auf lange Sicht vergleichsweise wenig, führte allerdings zur Expansion einiger Städte in den Kautschukgebieten, die sich nach dem Boom vor etwa 100 Jahren den traditionellen Städten anglichen.

Aus diesen ersten Ansiedlungen gingen die heutigen traditionellen Städte Amazoniens hervor. Alle diese Gründungen erfolgten an den Ufern des Amazonas oder seiner Nebenflüsse. Bis heute liegen alle (!) traditionellen Städte an den Flüssen des Wassereinzugsgebiets des Amazonas. Ausnahme ist die Stadt Carauari am Rio Juruá, die zwar am Fluss gegründet wurde. Der mäandrierende mächtige Juruá verlegte aber später sein Flussbett, sodass die Stadt heute als amazonische Anomalie einige Kilometer vom Fluss entfernt liegt. Bis heute sind die meisten traditionellen Städte nahezu ausschließlich über den Fluss erreichbar. Vorhandene Flugverbindungen können nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung genutzt werden. Der Fluss ist die Lebensader dieser Städte und die Städte sind von ihm abhängig. Die jährlichen Wasserstandsschwankungen sind beachtlich. Bei Wasserhöchststand stehen Städte zum Teil unter Wasser, bei Niedrigwasser sind sie weit vom Fluss entfernt (bei Manaus betragen die Wasserstandsschwankungen im Jahresdurchschnitt neun Meter.) Besuche in Nachbarstädten oder bei Familienangehörigen auf dem „Land“, d.h. bei den Ribeirinhos an den Flussufern, können nur mit Schiffen oder Kanus erfolgen und sind unmittelbar von der Fließgeschwindigkeit, mit oder gegen den Strom, und vom Wasserstand abhängig. Die Geschwindigkeit des Lebens ist insgesamt vom Fluss abhängig oder, wie es der amazonische Schriftsteller Leandro Tocantins im Titel seines Klassikers beschrieb: „O rio comanda a vida“ (Der Fluss bestimmt das Leben). Dies gilt bis heute, womit ein weiteres Charakteristikum benannt wäre: Die Abhängigkeit vom Fluss. Die Bevölkerungszahl dieser Städte variiert. Von unter 1000 bis zu über 200.000 (Santarém in Pará, das sich derzeit aber stark verändert). Von den 62 Städten im Bundesstaat Amazonas hatten 2007 nur elf mehr als 20.000 Einwohner. Viele Städte sind also größere Dörfer. Ein großer Teil dieser städtischen Bevölkerung ist ökonomisch hauptsächlich vom Fischfang, von Jagd, Land-, Garten- und Sammelwirtschaft und

Viehzucht abhängig. Dennoch sind Abholzungen um diese Städte vergleichsweise gering. Was im Internet leicht durch das Betrachten von Satellitenaufnahmen überprüft werden kann. Ein wichtiges Charakteristikum ist daher: Traditionelle Städte sind keine Zentren ökologischer Zerstörung.

Die Familien dieser Städte haben zum allergrößten Teil starke familiäre Bindungen zu den »Ribeirinho-Ansiedlungen« entlang der Flussufer. Gegenseitige familiäre Unterstützung geschieht vielfältig: Städtische Familienmitglieder werden von »Ribeirinhofamilien« mit Lebensmitteln unterstützt, Kinder der Ribeirinhos wohnen für den Schulbesuch bei Verwandten in der Stadt. Auch Schwangere kommen vor der Niederkunft in die Stadt, um im Krankenhaus oder in der Gesundheitsstation zu entbinden. Charakteristisch sind starke reziproke Beziehungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Diese Städte sind natürlich nicht frei von sozialen Problemen. Bildungs- und Gesundheitsversorgung sind im brasilianischen Vergleich eher unterdurchschnittlich. Sie sind nicht frei von Kriminalität und der Drogenkonsum – insbesondere der Konsum leicht herstellbarer synthetischer Drogen – hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies trifft allerdings auch auf andere Stadttypen zu.

Pionierstädte

Pionierstädte, der zweite Städtetyp in Amazonien, entstanden in den letzten Jahrzehnten des 20. Jh. immer entlang transamazonischer Straßen. In den 1960er Jahren entlang der Belém-Brasília, in den 1970er entlang der Transamazônica, in den 1980er entlang der BR 364 von Curitiba über Porto Velho bis nach Rio Branco und in den 1990er von Curitiba nach Santarém. Von diesen Hauptachsen zweigen Nebenstraßen ab. Exemplarisch wird die BR 364 und der Bundesstaat Rondônia betrachtet.

Auch diese Straße sollte „Menschen ohne Land“ in das „Land ohne Menschen“ bringen, so der Slogan der damaligen Militärs. Also eine große Besiedlung des ländlichen Amazonien. Wie vieles andere war auch dies gelogen. Die sogenannte „Kolonisierung Rondônias“ war in Wahrheit eine Urbanisierung, wie ein einfacher Blick auf die Bevölkerungsentwicklung verrät.

Bevölkerungsverteilung Stadt-Land in Rondônia

Viele Tausende vor allem aus Südbrasi-

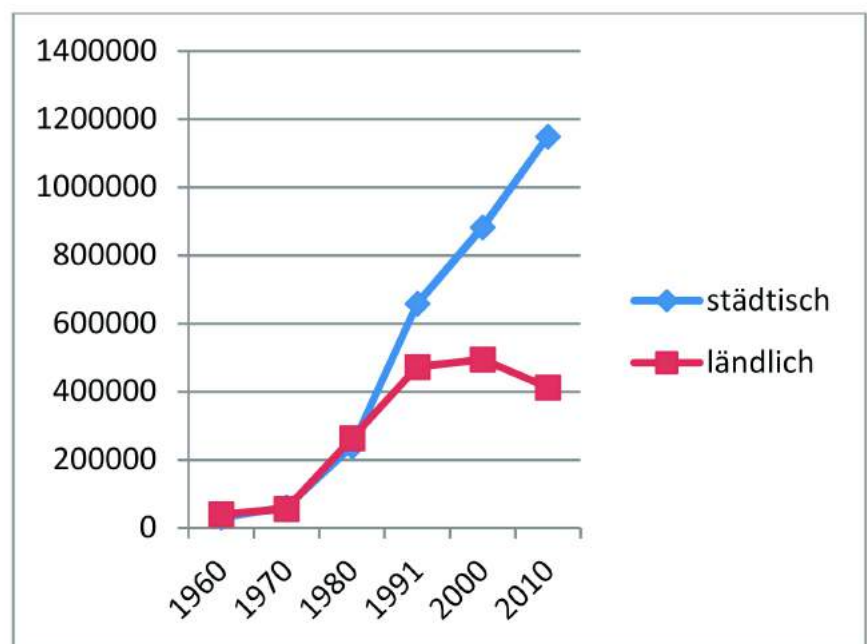
lien folgten dem scheinbar verlockenden Angebot 100 Hektar Wald zur Bewirtschaftung zu bekommen. Die Ergebnisse waren desaströs. Die allermeisten scheiterten und fanden sich in den neuen Städten wieder. Diese Geschichte ist weithin bekannt.

In diesen wenigen Sätzen verbergen sich aber schon einige Charakteristika dieser Pionierstädte: Es sind junge Städte, die sehr schnell gewachsen sind. Alle (!) diese Städte liegen an Bundes- und Landstraßen. Die Bevölkerung kommt aus anderen Landesteilen ohne Bindung an die Region. Grundnahrungsmittel sind Reis und Bohnen. Familiäre Bindungen zwischen Stadt und Land sind kaum ausgebildet. Und es gibt keine amazonische Geschichte dieser Pionierstädte.

Das Scheitern der meisten landwirtschaftlichen Versuche führte dazu, dass das Land von den Kolonialisten*innen an die holzverarbeitende Industrie und Betriebe der Rinderweidewirtschaft verkauft wurde. Beides bedeutete die großflächige Abholzung des Regenwaldes. Die Arbeitsplätze in der Holzindustrie in den Städten direkt an der BR 364 sind inzwischen verschwunden. Es gibt keine wertvollen Bäume mehr in ökonomisch rentabler Entfernung. Die Sägewerke wurden demontiert und entlang der vielen Nebenstraßen an der „Waldgrenze“ wieder errichtet. Diese Dynamik ist noch nicht beendet. Rinder dominieren den Bundesstaat. 2017 gab es mehr als 14 Millionen Rinder. Neben Rindern wird in den letzten Jahren zunehmend Soja angebaut, 2015 waren es in Rondônia 229 000 Hektar (beinahe die Fläche des Saarlands). Die Menschen in den Pionierstädten sind für Rinder- und Sojaindustrie ein billiges Arbeitskräftereservoir.

Ein weiteres Charakteristikum der Pionierstädte ist daher: Sie

Bevölkerungsentwicklung in Rondônia
Grafik: Dieter Gawora: Quelle: IBGE



sind Zentren großflächiger ökologischer Zerstörung, was auf Satellitenbilder wiederum deutlich erkennbar ist.

Der Zusammenstoß

Diese beiden Stadttypen können „zusammenstoßen“. Porto Velho war eine traditionelle amazonische Stadt. Mit der Asphaltierung der BR 364 erfolgte der „Zusammenstoß“. Die Stadt ist heute die größte der Pionierstädte. In Humaitá am Rio Madeira im Süden des Bundesstaates Amazonas findet seit der Asphaltierung der Straße von Porto Velho dieser Transformationsprozess derzeit statt.

Company Towns

Neben diesen zwei wichtigsten Stadttypen gibt es Company Towns. Ältestes historisches Beispiel in Amazonien ist Fordlândia am Tapajós. Aktuelle Beispiele sind Vila Carajás im Carajás Minengebiet oder Porto Trombetas der MRN-Company (Mineração Rio do Norte) im Bauxitabbaugebiet am Trombetas. Company Towns sind geplante Städte, in denen alles der Company gehört. Porto Trombetas hat etwa 7.000 Einwohner. Padre José beschrieb in den 1990er Jahren diese Stadt in einem Interview:

„Wenn du hier leben willst, bist du total von der MRN abhängig. Sogar unsere Pfarrkirche gehört nicht uns. Wer die Stadt betritt muss am Sicherheitsposten der Firma vorbei und sich ausweisen. Die MRN kontrolliert hier alles: die Wohnungen der gesamten Bevölkerung, die Versorgung mit Trinkwasser, mit Strom und mit Nahrungsmitteln in den Supermärkten, das Schulwesen und die Gesundheitsversorgung und sogar das Telefonsystem.“

(Gawora; Moser 1993, S. 86)

Diese Städte sind sehr sauber und haben eine weit überdurchschnittliche Bildungs- und Gesundheitsversorgung. Sie haben nahezu keine soziale Verbindung zur Region. Die oftmals aus anderen Bundesstaaten eingeflogenen Bewohner*innen sind gleichzeitig Arbeitnehmer*innen und Mieter*innen der Company. Mit Beendigung des Arbeitsvertrages verlassen sie die Stadt. Es sind Städte ohne alte Menschen. Sie werden aufgegeben, sobald die Produktion für die Company unrentabel wird. Auch hierfür ist Fordlândia ein Beispiel. Sie machen einen vergleichsweise sterilen Eindruck.

Bei kurzfristigen, arbeitsintensiven Bauprojekten wie Staudamm- oder Pipelinebau, existieren die »Company-Siedlungen« entsprechend kurzfristiger.

Ungeplante Company Towns

Eine bewusst akzeptierte Begleiterscheinung von Großprojekten sind „ungeplante Company Towns“, für die die Company allerdings keine Verantwortung übernimmt. Diese sind das meist chaotische Auffangbecken für all jene, die in irgendeiner Form von einem Großprojekt profitieren möchten. Verbunden mit dem meist sehr schnellen Wachstum sind soziale Verwerfungen aller Art zu beobachten. Parauapebas bei Carajás ist ein Beispiel dafür. Meistens sind es aber keine direkten Stadtneugründungen, sondern die nächstgelegene Stadt zu einem Großprojekt muss diese Funktion übernehmen. Beim Bau der Madeirastaudämme musste Porto Velho den Zuzug von etwa 100.000 Menschen verkraften. Die Kleinstadt Coari verdoppelte innerhalb von zwei Jahren ihre Einwohnerzahl auf etwa 60.000 beim Bau der Urucupipelines. Altamira erlebt dieselbe Situation gerade. Viele andere Städte haben dies schon erlebt. Ungeplante Company Towns sind ebenfalls temporär.

Millionenstädte

Manaus und Belém die beiden Amazonasmetropolen müssen in erster Linie als Großstädte begriffen werden und werden hier nicht weiter betrachtet.

Stadt ist nicht gleich Stadt

Städte können relativ organisch in die amazonischen Regionen eingebunden, Zentren der Zerstörung oder auch temporäre Fremdkörper sein. Geschichte, Infrastruktur, Verbindung zur Region und tradierte kulturelle Muster sind neben anderen Faktoren wichtige Indikatoren für deren Verständnis. ■

* Dieter Gawora ist KoBra-Vorstand. Soziologe an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkt traditionelle Völker und Gemeinschaften. Er kennt alle erwähnten Stadttypen zum Teil aus längeren Aufenthalten.

WAGLEY, Charles (1979): Amazon Town. A Study of Man in the Tropics. (Erstveröff. 1953) London.

BENCHIMOL, Samuel (1999). Amazônia. Formação Social e Cultural. Manaus.

GAWORA, Dieter; Moser Claudio (1993). Amazonien. Seine Zerstörung, die Hoffnung und unsere Verantwortung. Aachen.

Verglichen mit den anderen brasilianischen Hauptstädten ist das in Roraima im Norden Brasiliens liegende Boa Vista eher unbedeutend und kämpft noch darum, dem Status einer Hauptstadt gerecht zu werden. Das Leben läuft dort langsam ab und es scheint, dass Errungenschaften wie moderne öffentliche Verkehrsmittel und die dazugehörige Infrastruktur dort noch nicht so recht angekommen sind. Die Einwohner*innen von Boa Vista müssen kreativ sein und sich immer wieder neu erfinden, um in der Stadt mit ländlicher Anmutung am Nordzipfel Amazoniens zurechtzukommen. Auch wenn das Leben dort langsam abläuft, wird die Zahl der Menschen, die von Venezuela über die Grenze nach Boa Vista kommen, von Mal zu Mal größer.

Die Migration von Venezolaner*innen nach Brasilien und ihr Kampf um Sichtbarkeit

von Stefani Rackes da Silva*

Schätzungsweise 50.000 Venezolaner*innen hielten sich 2017 in Roraima auf, dies entspricht mehr als 10 % der Bevölkerung des bevölkerungsärmsten Bundesstaats Brasiliens. Viele Behörden, auch die brasilianische Regierung, betrachten diese als Wirtschaftsflüchtlinge, das heißt, dass sie ihr Heimatland auf der Suche nach besseren Arbeitsplätzen und sozialen Rahmenbedingungen verlassen haben. Mit dieser halboffiziellen Position des brasilianischen Staates wird die überwältigende Mehrheit der Asylanträge von der CONARE (einer Einrichtung, die die Grundsätze der brasilianischen Asylpolitik festlegt und Asylanträge bearbeitet) abgelehnt, da es in Venezuela theoretisch keine Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Motiven und keine bewaffneten Konflikte gibt. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Der venezolanische Fall ist sehr komplex und es ist schwierig abzugrenzen, wer Geflüchtete*r und wer Migrant*in ist. Die Motive für die Migration von Venezolaner*innen nach Brasilien können nicht getrennt betrachtet werden. Ich habe zwei maßgebende Schlüsselemente für die individuelle und kollektive Motivation der Migration nach Brasilien beobachtet. Erstens gibt es die Wirtschaftskrise mit Hyperinflation, die den Venezolaner*innen stark zu schaffen macht. Das zweite Element ist die Restriktion der politischen und persönlichen Freiheiten. Diese Elemente treten in vielen verschiedenen Formen in Erscheinung: Ein Motiv,

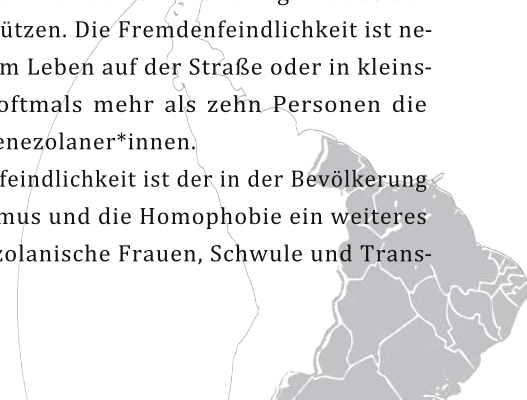
von dem viele Venezolaner*innen berichten, ist der fehlende Zugang zu medizinischen Langzeitbehandlungen und zur Grundversorgung mit Impfungen, Verhütungsmitteln, usw. Viele schwangere Venezolanerinnen kommen auf der Suche nach medizinischer Versorgung nach Roraima. Städtische Gewalt, Proteste gegen die venezolanische Regierung und die Notwendigkeit, durch ständige Bestechungsgelder an venezolanische Behörden zu verhindern, dass diese einem den Zugang zu Nahrungs- und Arzneimitteln sperren, sind ein weiterer Grund. Die institutionelle Korruption ist mit dem Niedergang des politischen Systems verbunden, in dem die Beamt*innen durch die Zahlung völlig unzureichender Gehälter gezwun-

gen sind, nach anderen Wegen zu suchen, um sich über Wasser zu halten. Die fehlende Möglichkeit, Nahrungsmittel erwerben zu können, treibt viele Venezolaner*innen nach Brasilien. Dies liegt nicht allein an den hohen Preisen der Produkte, sondern auch am aus politischen Gründen fehlenden Zugang zu staatlichen Zuschüssen zum Kauf von Lebensmitteln. Viele Venezolaner*innen be-

richteten, dass jenen, die sich während der von der Regierung durchgeführten Volkszählung, bei denen auch die Parteizugehörigkeit abgefragt wurde, zu Parteien der Opposition, insbesondere der Linken, bekannt haben, der Zugang zu diesen Zuschüssen verwehrt wurde. Die Kombination dieser Faktoren führt dazu, dass sich viele Venezolaner*innen eine bessere Zukunft in Brasilien erhoffen.

In der kleinen Hauptstadt Boa Vista, nur wenige Kilometer von der venezolanischen Grenze und der Grenzstadt Santa Elena de Uairén entfernt, gibt es nicht viele Arbeitsplätze, nicht einmal für die lokale Bevölkerung. Die dort ankommenden Venezolaner*innen schlagen sich daher mit informellen Arbeiten durch, zum Beispiel als Autowäscher*innen, Handwerker*innen oder sie verkaufen Dindim² an Straßenkreuzungen. Sie schließen sich in Gruppen zusammen, um die Arbeiten schnell erledigen zu können und teilen am Abend die verschwindend geringen Einkünfte des Tages. Die Organisation in Gruppen dient auch dazu, sich gegen fremdenfeindliche Angriffe aus der Bevölkerung zu schützen. Die Fremdenfeindlichkeit ist neben Hunger und dem Leben auf der Straße oder in kleinsten Zimmern mit oftmals mehr als zehn Personen die größte Sorge der Venezolaner*innen.

Neben der Fremdenfeindlichkeit ist der in der Bevölkerung verbreitete Machismus und die Homophobie ein weiteres Probleme für venezolanische Frauen, Schwule und Trans-





Unterkunft von Flüchtlingen in Roraima.
Foto: Stefani Rackes

sexuelle in Roraima. Der Feira do Passarão, ein Platz in Boa Vista, ist auch bekannt als das „Bairro das ochenta“. *Ochenta* bedeutet achtzig auf Spanisch und bezieht sich auf den Preis für die sexuellen Dienstleistungen, die dort von vielen Venezolaner*innen angeboten werden. Diese jungen Frauen und Männer arbeiten dort weil sie keine andere Wahl haben. Viele müssen Geld für ihre Kinder nach Venezuela schicken, weil sie diese zurücklassen mussten. Viele Anwohner*innen fühlen sich durch die Anwesenheit der Mädchen gestört und man hört häufig, dass sie das Stadtbild verschandeln, da sie nicht dem klassischen brasilianischen Familien- und Rollenbild entsprechen. Die Personen, die sich am meisten aufregen sind häufig jene, die die Dienste auf dem Feira do Passarão regelmäßig in Anspruch nehmen. Diese Heuchelei drückt sich nicht nur in der Sprache aus, sondern auch in der alltäglichen Gewalt, seien es Vergewaltigungen, körperliche Angriffe oder Diskriminierung. Eine der befragten Venezolanerinnen sagte: „Ich habe große Angst davor, auf der Straße zu sein, so viele sind schon vergewaltigt worden, und eines Tages werde ich dran sein, aber was kann ich schon tun? Vier Menschen in Venezuela haben Hunger und sind auf meine Hilfe angewiesen ... ich kann einfach nicht nein sagen.“

Die Venezolaner*innen, die nach Boa Vista kommen, geraten dort in einen Teufelskreis: Sie haben Angst und nicht genug Ressourcen, um in einen Bundesstaat mit einem größeren Arbeitsplatzangebot zu ziehen. Auch das Fehlen von Kontakten in andere Städte hält sie davon ab, Roraima zu verlassen. Trotz schlechter sozialer und wirtschaftlicher Indikatoren, steht Roraima immer noch besser da als die Nachbarstaaten Amazonas und Pará. In Pacaraima und Boa Vista lassen die Venezolaner*innen sich nieder, wo sie einen Platz finden oder teilen sich die prekären öffentli-

chen Unterkünfte mit Angehörigen der indigenen Warao, die ebenfalls aus Venezuela kommen. Neben den Problemen, mit denen alle Venezolaner*innen zu kämpfen haben, leiden die Warao in ihren Herkunftsgemeinden im Delta des Amacuro auch unter der institutionellen Gewalt durch die venezolanische Regierung.

Die Antwort des brasilianischen Staates auf die venezolanische Krise beschränkte sich auf die Legalisierung der Migrant*innen, die in Brasilien angekommen waren. Eine konkrete Migrationspolitik gibt es jedoch nicht. Der Bundesstaat Roraima hat angekündigt, einen Antrag zur Schließung der Grenze zwischen Brasilien und Venezuela bei der brasilianischen Regierung zu stellen. Dieses Vorhaben ist nicht neu und

wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach abgewiesen, da diese Maßnahme die Geflüchteten nur weiter kriminalisieren würde, ohne dass es gelingen würde, die große Zahl an Menschen, die von Venezuela nach Roraima kommen, zu verringern. Auch wenn es von Seiten der Regierung keine klare Absage an die Aufnahme der venezolanischen Geflüchteten gibt, zeigt das Fehlen von Maßnahmen zu deren Integration die geringe Bedeutung, die dem Fall beigemessen wird. Darüber hinaus scheint die brasilianische Regierung vor allem damit beschäftigt zu sein, anhand der gestiegenen Fluchtzuwanderung auf das Versagen der linken Regierung in Venezuela aufmerksam zu machen, anstatt sich um eine menschenwürdige Behandlung jener zu kümmern, die über die Grenze kommen. Die Einschränkungen der Menschenrechte in Venezuela vor der OEA (Organização dos Estados Americanos) zu kritisieren ist schön und gut, viel wichtiger wäre es aber, auch einmal ins eigene Land zu schauen und zu zeigen, dass Brasilien auch in der Lage ist, seinen südamerikanischen Brüdern und Schwestern mit gutem Beispiel voranzugehen. ■

* Stefani Rackes da Silva schrieb ihre Masterarbeit zum Thema „Das soziale Kapital von venezolanischen Flüchtlingen in Brasilien“ an der Ruhr-Universität Bochum.

- 1 Dieser Artikel basiert auf Nachforschungen in Boa Vista, Interviews mit venezolanischen Asylsuchenden und Mitgliedern sozialer Bewegungen in der Region und offiziell bestätigten Daten aus Berichten der Bundespolizei und der ACNUR. Die Forschung wurde in den Monaten September und Oktober 2017 durchgeführt.
- 2 Dindim ist eine Art Eis aus typischen Früchten der Amazonasregion und auf Grund des heißen und feuchten Klimas in Roraima sehr beliebt.

Ende April kamen beim alljährlichen Acampamento terra livre! (Zeltlager „Zugang zu Land“) fünf Tage lang mehrere Tausend Indigene verschiedener Ethnien aus ganz Brasilien zum größten politischen Treffen in Brasília zusammen. Die Demonstration soziokultureller Vielfalt und die Einforderung der verbrieften Rechte aus Verfassung und internationalem Recht, wie z.B. der ILO 169, sind die Hauptanliegen bei Terminen mit Parlamentarier*innen, politischen Diskussionen und Demonstrationen. In der auf Nüchternheit getakteten Hauptstadt der Funktionär*innen und Politiker*innen herrscht ein anderer Puls. Mehr als in anderen großen Städten nimmt man dort eine Entfremdung von Natur und dem plurinationalen Brasilien wahr. Indigene Identität und die damit verbundenen Forderungen nach Territorium und Autarkie wurden hier von Politiker*innen der Agrar- und Bergbaufraktion immer wieder mit Rückständigkeit, Hinterwäldlertum und mangelndem Verständnis der Erfordernisse einer modernen Welt in Misskredit gebracht. Investigative Journalisten*innen der Agentur »Agência Pública«¹ haben auf Basis unveröffentlichten Datamaterials des indigenen Missionsrats CIMI die Politik des Jahres 2017 ausgewertet und das Ergebnis Ende April publiziert. Demnach werden von den politischen Gremien aktuell anti-indigene Interessen mit größerem Nachdruck als andere Themen verfolgt. Im Vergleich mit den zurückliegenden zwanzig Jahren fällt auf, dass es in der Legislaturperiode 2015-2018 eine deutliche Zunahme der Angriffe auf indigene Rechte gab. Zurückzuführen ist dies auf die starke Präsenz der Agrarlobby im Parlament (bancada ruralista), die sich wiederum zu 81% aus Abgeordneten der amazonischen Bundesstaaten speist.

Indigene Frauenpower zwischen Stadt und Land Eindrücke einer Brasilienreise

von Uta Grunert*

Die Indigenen wehren sich dagegen, als museale Gruppe in die Landesgeschichte einsortiert zu werden. Zu Recht! Aber wie schaffen Indigene selbst den Spagat zwischen Tradition und Moderne? Zwischen einer zunehmend urbanisierten Welt und einem indigenen Territorium, das ihnen von vielen Seiten streitig gemacht wird? Wie gelingt es, in der heutigen Welt der Smartphones und Laptops, die eigene Herkunft als Indigene*r zu bewahren?

Viele Fragen begleiten mich auf meiner Reise im März, bei der ich an verschiedenen Stellen indigene Frauen kennengelernt und getroffen habe. Beeindruckend war ihre jeweilige Persönlichkeit, aber auch die Deutlichkeit, mit der sie für indigene Rechte und die Kämpfe ihres Volkes oder ihrer Gruppe auftreten. Der Eindruck drängt sich auf, dass die neue Stimme der indigenen Bewegung weiblich ist.

Eine der bekanntesten indigenen Sprecherinnen landesweit ist derzeit Sônia Bone Guajajara. Die 44-jährige stammt aus dem Bundesstaat Maranhão im Amazonasgebiet, machte in Minas Gerais an einer weiterführenden landwirtschaftlichen Schule einen medizinischen Abschluss und studierte in einem Aufbaustudium an der Universität von Maranhão Bildungswissenschaften. Heute ist sie Koordinatorin der APIB (Nationale Vertretung der Indigenen Völker Brasiliens). Als Vize-Kandidatin neben Guilherme Boulos (MTST) tritt sie für die links-ökologische PSOL bei den Vorwahlen zur Präsidentschaft an. Die Angehörige der Guajajara verkörpert das Bedürfnis brasilianischer Indigener nach autonomer politischer Vertretung und Mitsprache. Seit 1983 gibt es keine*n indigenen Vertreter*in mehr im brasilianischen Parlament. Mit ihrer Kandidatur will die „neue Marina“ – wie sie in den brasilianischen Medien in Anlehnung an Marina Silva genannt wird – die Debatte um Minderheiten voranbringen. Indigene sollten mehr Ämter in Regierung, Institutionen und öffentlicher Verwaltung sowie im Parlament bekleiden. Dafür steht sie auch beim Weltsozialforum, beim alternativen Wasserforum und beim Acampamento Terra livre! ein.

Maria Alice Karapãna gehört zur Associação indígena Karapãna – Assika am unteren Rio Negro. Sie arbeitet seit Längerem immer wieder mit dem Team der neuen Sozialkartografie an der bundesstaatlichen Universität von Manaus zusammen. Seit 2012 werden durch Karten- und Hintergrundmaterial² soziale und ressourcenbedingte Konflikte der indigenen Gruppe in Stadtnähe sichtbar gemacht und damit der Kampf um Landrechte und indigene Bildung gestärkt. Als die Geografen*innen 1991 be-

gannen, die Indigenen im Stadtumfeld der Millionenstadt Manaus in ihre Forschung einzubeziehen, gab es dort nach ihren Schätzungen ca. 25.000 Indigene. Die Stadtverwaltung hingegen sprach von weniger als Tausend.

Maria Alice stellt sich mit einprägsamen Worten vor: „Ich habe mir nicht ausgesucht, als Indigene geboren zu werden.“ Als Profilbild im Smartphone hat sie den Artikel 1 der universellen Menschenrechte ausgewählt: „Alle Menschen

sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ Maria Alice ist Lehrerin, vierfache Mutter und Sprecherin des kleinen Bürgervereins. Dass Frauen in dieser Rolle Anerkennung finden, hat sich in den letzten zehn Jahren gewandelt. Bei einem Besuch ca. eine halbe Bootsstunde außerhalb von Manaus präsentiert sie, was sie den Kindern und Jugendlichen vermittelt: den Erhalt der eigenen Sprache, Kulturtechniken, Sachwissen, traditionelles Wissen und Werte. Indigene Rechte gehören erst seit 2014 zum Bildungskanon. Unterricht bedeutet auch, die Jungen und Mädchen interkulturell auf die restliche Welt vorzubereiten. Anhand einer Karte erläutert ihr Mann die Vertreibungsgeschichte der Familie, die dort kartografisch nachvollzogen wurde. Entwurzeltes Leben. Sich nie sicher sein, dass man bleiben darf. Wer entscheidet darüber? Was macht das mit einem Menschen? Verbitterung? Resignation? Kampf? Widerstand? Wahrscheinlich ist es eine Frage des Typs und der Wiederholung der erlebten Demütigung. Aber auch eine Frage der Allianzen, der Vernetzung, der Solidarität und Anerkennung. Bei einer unserer Begegnung zeigt Maria Alice stolz ein Video ihres Sohnes, der ein Spitzensportler in einer seltenen Disziplin ist. Das Wakeboard ist eine Art Mono-Wasserski zum Wellenspringen. Dass der Zwölfjährige für Wettkämpfe bis nach Argentinien reist, ist für alle immer noch etwas Besonderes. Mir wird bewusst, dass mein Bild indigenen Lebens in der Nähe der Metropole Manaus vielfach aus den Angeln gehoben wird. Dass die Menschen hier ihren Weg suchen, der zwischen modernem Leben und traditionellen Werten und Überzeugungen hin und her pendelt.

Indigene Schule Manaus
Foto: Uta Grunert

Gekreuzte Linienbündel stehen für geflochtene Palmbblätter. Aus ihnen werden große Fächer, Wände, Gefäße und Ziergegenstände geflochten und geknotet. Ein handbemaltes Tuch schmückt den großen Tisch des Gemeinschaftshauses, das gleichzeitig als Empfangsraum für Besucher*innen dient. Es trägt das indigene Muster. Wir werden mit leckerem Essen empfangen. Früchte und Samen werden verteilt, die im Hausgarten geerntet wurden: Cupuaçu, Buriti und Maracuja. Maria Alice trägt ein schickes Kleid, das ebenfalls mit dem traditionellen Muster bedruckt ist. Ein paar Federn baumeln aus ihrem schwarzen Haarknoten. Bei unserem Besuch berichtet sie, wie sie sich Mitte letzten Jahres erfolgreich gegen die Kühlgerätefirma SUPLEX (Serviços de Manutenção de Equipamentos de Refrigeração LTDA-EPP) aus Manaus zur Wehr gesetzt hat, die das Firmengelände auf ihre área indígena ausweiten wollte, weil es günstig zur Stadt liegt. Eine lange Mauer war bereits gebaut, als Maria Alice bei der Bundesstaatsanwaltschaft Ministério Público Federal und bei der Indigenenbehörde Funai Anzeige erstattet hat. Die Wissenschaftler*innen der Uni Manaus haben sie beim Gang durch die Instanzen unterstützt. Die Polizei erklärte ihr, die Papiere der Firma seien rechtmäßig und sicherte das Bauvorhaben. Große Angst hat sie gehabt und am Ende Recht bekommen. Die Firma musste den Plan fallen lassen, die Mauer wurde wieder eingerissen.

Beim alternativen Wasserforum, das parallel zum internationalen Weltwasserforum von den sozialen Bewegungen Brasiliens organisiert wurde, fand eine Diskussionsrunde zu Beteiligungsverfahren bei Großprojekten im Amazonasgebiet statt. Eine der Rednerinnen ist Alessandra Korap

Silva Munduruku³, die den weiten Weg vom Rio Tapajós bis nach Brasília gemacht hat. Bei ihrem Auftritt trägt sie traditionelle Kleidung, traditionelle Bemalung und kunstvollen Schmuck. Selbstbewusst und energiegeladen berichtet sie vom Kampf der Munduruku gegen den Staudammbau São Luiz do Tapajós am entsprechenden Zufluss des Amazonas. Von der Vertreibung von Wissenschaftlern*innen, die dort 2013 ohne Erlaubnis der Munduruku Untersuchungen zur Vorbereitung des Projekts vornehmen wollten. Klar und deutlich beschreibt sie die autonome Vermessung und Abgrenzung des indigenen Territoriums Sawré Muybu, die 2014-2015 vorgenommen wurde. Beim Zuhören vergisst man, dass Portugiesisch nicht ihre Muttersprache ist. Alessandra ist von



den Munduruku als Sprecherin beauftragt worden. Zusammen mit Felicio Pontes, dem Bundesstaatsanwalt, kämpft sie dafür, dass man ihren Fluss in Ruhe lässt. Dafür werden auch alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Der Artikel 6 der ILO 169 verlangt bei der Planung von Großprojekten auf indigenem Gebiet die freie vorherige informierende Anhörung. Das bedeutet, dass die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Munduruku über-
 setzt werden und in allen 128 indigenen Dörfern vorgestellt und abgestimmt werden müssten. Zuletzt bestätigte die Justiz diese Forderung der Munduruku, das Projekt wurde vorerst eingestellt. „Das Wasser ist uns heilig“, sagt Alessandra, „wir kümmern uns darum wie eine Mutter sich um ein Kind kümmert.“ Nach langem Kampf hatte die Funai 2016 die Übertragung der Landrechte für 176.000 Hektar an die Munduruku empfohlen. Viele KoBra-Gruppen und Mitglieder engagieren sich für indigene Gruppen und ihre Überlebenskämpfe. Sie wollen sich über die Menschenrechtssituation auf dem Laufenden halten. Was ist ihr Antrieb? Sind es die Naturverbundenheit, die Bewahrung von Mutter Erde und das ganzheitliche Umweltverständnis? Dass Orte und Natur eine heilige Kategorie beinhalten, dass Geld traditionell keine Rolle spielt, da es keinen eigenen (Tausch)wert besitzt? Sind es die kollektiven Entscheidungen, bei denen das Individuum eine untergeordnete Rolle spielt? Ist es die Geschichte des Leids und der Eroberung, die bis heute von Vertreibung, Vergewaltigung, Rassismus und Ausbeutung geprägt ist? Sicher sind es häufig ähnliche persönliche Begegnungen, wie ich sie mit den drei Frauen auf meiner Reise erleben durfte. Ich bin sicher, dass wir nicht zum letzten Mal von diesen indigenen Frauen gehört haben. ■

* Uta Grunert gehört zum Koordinations-Team der KoBra-Geschäftsstelle in Freiburg. Im März 2018 nahm sie am Weltsozialforum in Salvador und am alternativen Weltwasserforum FAMA in Brasília teil.

- 1 <https://apublica.org/2018/04/indigenas-enfrentam-a-maior-ofensiva-parlamentar-em-20-anos/>
- 2 http://novacartografiasocial.com.br/fasciculos/movimentos-sociais-identidade-coletiva-e-conflitos/?cp_movimentos-sociais-identidade-coletiva-e-conflitos=4 Heft 38.
- 3 Alessandra Korap Silva Munduruku ist auf dem Titelbild des Heftes abgebildet.

Im März dieses Jahres haben in Brasília mit dem Weltwasserforum und der alternativen Gegenveranstaltung, dem Fórum Alternativo Mundial da Água (FAMA), die weltweit größten Veranstaltungen zum Thema Wasser stattgefunden. Erstmals teilgenommen haben Vertreter*innen der Initiative Blue Community. Diese Initiative setzt sich für einen nachhaltigen Zugang zu Wasser ein.

Blue Community Eine Initiative für Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut auf den Wasserforen in Brasília

von Lisa Krebs*

Der Austragungsort des 8. Weltwasserforums scheint kein Zufall: Brasilien, acht-stärkste Wirtschaftsmacht der Welt, verfügt über einen starken Landwirtschaftssektor und die größten Süßwasserreserven der Welt. Die Regierung unter Michel Temer will daraus mittels Wasserprivatisierungen noch mehr Gewinn erzielen. Auf der Liste des zu privatisierenden Staatsbesitzes steht u. a. das Wasser des Guarani-Aquifers, eine der letzten großen Süßwasserreserven der Welt (siehe Beitrag «Bis zum letzten Tropfen», Brasilicum Nr. 248).

Während diese Bestrebungen am Weltwasserforum, das unter dem Titel «Sharing Water» stattgefunden hat, kaum kontrovers diskutiert worden sind, regte sich auf dem FAMA großer Widerstand. Rund 7.000 Personen, meist Angehörige von sozialen Bewegungen aus Brasilien und dessen Nachbarländern, zeigten dort mit diversen Veranstaltungen auf, dass Wasser ein Recht sein muss und kein handelbares Gut, damit langfristig alle Menschen Zugang dazu haben. Im Gegensatz zum Weltwasserforum war die Anzahl der Teilnehmenden, die nicht aus Lateinamerika stammen, gering. Zu dieser Minderheit gehörten u. a. Vertreter*innen der Initiative Blue Community.

Blue Community – eine Initiative für Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut

2011 haben das Council of Canadians, die größte Sozial- und Umweltbewegung Kanadas, und die Canadian Union of Public Employees die Initiative Blue Community lanciert. Federführend bei der Entstehung der Initiative war die bekannte Autorin Maude Barlow, die für ihr Engagement für das Recht auf Wasser u. a. mit dem Livelihood-Award ausge-



Unterkunft für Migrant*innen in Boa Vista

Die meisten der Venezolaner*innen
in der Unterkunft sind Indigene von
der Ethnie der Warao.

Foto :
Stefanie Rackes da Silva, 2017.



zeichnet worden ist. Heute setzen sich weltweit Gemeinden, Universitäten, NGOs und weitere Organisationen für das Recht auf Wasser ein und kämpfen für Wasser als öffentliches Gut oder commons.

Die Initiative ist ausgerechnet in Kanada entstanden, einem Land mit reichlich Wasservorräten. Hintergrund war die Förderung von Wasserprivatisierungen durch die damalige Regierung unter Premierminister Stephen Harper. Immer mehr private Betriebe wurden im Rahmen von sogenannten Public-Private-Partnerships (PPPs) mit der Wasserversorgung beauftragt. Gleichzeitig wurden immer mehr Wasserressourcen Unternehmen zur kommerziellen Nutzung zur Verfügung gestellt. Konzerne wie Nestlé erhielten Lizenzen, um Wasser im großen Stil abzupumpen, das auf dem internationalen Markt als Trinkwasser zu einem Vielfachen des Ankaufpreises verkauft wird. Dieser «Verkauf» von Wasser und dessen negative Folgen erregten Widerstand. Die Initiative Blue Community wurde gegründet, um sich bereits auf lokaler Ebene gegen diese Privatisierungsbestrebungen zu wehren. 2011 wurde die Stadt Burnaby zur ersten Blue Community. Sie hat sich selbst verpflichtet, drei Grundsätze zu berücksichtigen: Das Recht auf Wasser zu unterstützen, sich für Wasser als öffentliches Gut zu engagieren und den Konsum von Leitungswasser zu fördern.

Blue Community in der Schweiz: Sensibilisierung...

Das größte Netzwerk von Blue Communities außerhalb Kanadas befindet sich in der Schweiz. Seit 2013 sind in Zusammenarbeit mit den Reformierten Kirchen

Bern-Jura-Solothurn über 20 Blue Communities entstanden. Zu den ersten Blue Communities gehören die Stadt und Universität Bern. Hintergrund des Anschlusses an die Initiative waren mehrjährige Kontakte mit Maude Barlow und mit dem in der Schweiz lebenden brasilianischen Wasseraktivisten Franklin Frederick, der gegen die Nutzung der Wasserquellen von São Lourenço durch Nestlé und deren negativen Folgen kämpft. Die Schweizer Blue Communities organisieren zu den Themen Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut Sensibilisierungsveranstaltungen wie Podien, Gottesdienste, Ausstellungen, Aktionen zum Weltwassertag, etc. und setzen sich anwaltschaftlich dafür ein.

... und internationales Engagement

Im Gegensatz zu den kanadischen Blue Communities berücksichtigen die Schweizer ein viertes Grundprinzip: Eine Blue Community unterstützt internationale Partnerschaften für die Verbesserung von Wasserversorgungen mittels Public-Public Partnerships (PUPs). Dieses Prinzip liegt auf der Hand: Über 90 Prozent der Wasserversorgungen befinden sich in öffentlicher Hand. Die Gemeinden sind zuständig für Wasser- und Abwasserdienstleistungen und bieten einen einwandfreien Service zu günstigen Tarifen. Vor diesem Hintergrund suchen die Schweizer Blue Communities auch den Dialog mit den Schweizer Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit und fordern, dass dieses Know-how auch im Ausland verbreitet wird und nehmen kritisch Stellung zu den PPPs, die u. a. von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) gefördert werden.

Im Rahmen dieses vierten Grundsatzes haben u. a. die Schweizer Blue Communities, die Stadt Bern und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) an den internationalen Wasserforen in Brasília teilgenommen. Sie sorgten dafür, dass am offiziellen Stand der Schweiz nicht nur technische Lösungen präsentiert und für PPPs geworben wurde, sondern auch das Recht auf Wasser Thema war und setzten damit einen Kontrapunkt zu den anderen Veranstaltungen und Themenschwerpunkten. Mit einer Veranstaltung zeigten sie auf, weshalb Wasser als commons betrachtet werden muss, um einen Weg aus der Wasserkrise zu finden.

Außerdem unterstützt die Blue Community HEKS mit ihren Partnerorganisationen in Brasilien seit vielen Jahren Kleinbäuerinnen und -bauern im Zugang zu Land und Wasser. Die Wasserforen wurden genutzt, um mit potentiellen neuen Partnern sowie den Schweizer NGOs in Brasilien in Dialog zu treten und das Recht auf Wasser zu thematisieren.



Konkreter Einsatz der Blue Community HEKS in Brasilien

Trotz des Reichtums an Wasser gestaltet sich der Zugang in Brasilien für viele Bevölkerungsgruppen schwierig. Ursache dafür sind insbesondere Wasserverschmutzung und die nicht nachhaltige Nutzung von Wasser und Boden durch unangepasste Landwirtschaft. Dies lässt sich am Beispiel des Cerrado illustrieren, einem Savannengebiet von der Größe Alaskas, in dem in den letzten drei Jahrzehnten die Landwirtschaft stark industrialisiert wurde. Agrounternehmen bauen seither in diesem fragilen Ökosystem Zuckerrohr, Soja, Eukalyptus und andere Erzeugnisse als Monokulturen an. Der wasserintensive Eukalyptusanbau sowie die neuen Tiefbrunnen senken die Grundwasserspiegel und der mit Monokultur verbundene Einsatz von Pestiziden und Dünger führt zur Erschöpfung des Bodens. Zudem wird das Land als Weidefläche genutzt.

Trotz der negativen Folgen wird diese intensive Landwirtschaft von der Regierung weiter gefördert. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft der traditionellen Völker und Gemeinschaften, die seit Generationen nachhaltig im Cerrado leben, wird dagegen kaum beachtet. Genau hier setzt HEKS an: Einerseits geht es darum, den Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen, damit ihre Lebensgrundlage von Großgrundbesitzer*innen sowie Firmen nicht zerstört wird. Mit einem human rights based approach werden sie befähigt, selber für ihre Rechte einzustehen. Andererseits wird deutlich gemacht, dass die Kleinbäuerinnen und -bauern eine Antwort haben auf die nicht nachhaltige Nutzung von Wasser und Boden und zeigen können, wie eine dem Cerrado angepasste Landwirtschaft möglich ist. Mit diesem Ansatz leistet die Blue Community HEKS viel mehr als Sensibilisierungsarbeit für die Themen Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut, sie setzt sich konkret für benachteiligte Menschen ein.

Das Engagement geht weiter

Im Rahmen der Wasserforen sowie des daran anschließenden Projektbesuchs in Minas Gerais konnte die Initiative Blue Community verschiedenen lokalen NGOs sowie Behörden auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene vorgestellt werden. Damit erhoffen sich HEKS und die weiteren Blue Communities, dass eine Sensibilisierung für die Kernanliegen stattgefunden hat und die Zusammenarbeit intensiviert werden kann. Erste Interessensbekundungen seitens brasilianischer Vertreter*innen liegen einen Monat nach der

Die vier Grundsätze einer Blue Community:

1. Blue Communities erkennen das Recht auf Wasser an.
2. Blue Communities setzen sich dafür ein, dass Wasserdienstleistungen in der öffentlichen Hand bleiben.
3. In Blue Communities wird – dort wo möglich – Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser konsumiert.
4. Eine Blue Community unterstützt internationale Partnerschaften für die Verbesserung von Wasserversorgungen mittels öffentlich-öffentlicher Kooperationen.

www.bluecommunity.ch
<https://canadians.org/bluecommunities>.

Brasilienreise bereits vor – sei es in der Zusammenarbeit in einem konkreten Projekt durch fachliche Inputs von Blue Universities oder in der Sensibilisierung für die Nachteile von Wasserprivatisierungen, die in Brasilien immer noch auf dem Vormarsch sind.

In der Schweiz nimmt indessen die Sensibilisierungsarbeit ihren Lauf. Brasilien spielt dabei eine neue, wichtige Rolle. Mittlerweile gewinnt die Initiative Blue Community auch in Deutschland an Bekanntheit. So verpflichtete sich München als erste Großstadt im Herbst 2017 als Blue Community. Am Weltwassertag 2018 erklärte Berlin seinen Beitritt. ■

* Lisa Krebs arbeitet als Fachbeauftragte Entwicklungszusammenarbeit beim Bereich OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn. Zu ihren Aufgaben gehört u. a. die Koordination des Netzwerks der Schweizer Blue Communities. .

Welche Strategien hat die MST, um den aktuellen Herausforderungen (restriktive Politik, Kriminalisierung, Hass und Gewalt) zu begegnen?

Wir erleben gerade einen gefährlichen Moment für Demokratie und Gesellschaft mit der Verschärfung des Klassenkampfes, die sich durch Hass und Gewalt äußert. Unsere Strategie zur Fortsetzung unseres Kampfes, der Verteidigung unserer Rechte und zum Vorankommen im demokratischen Prozess ist, dass wir uns für den Widerstand organisieren. Wir müssen die Macht des Staates, der den Putsch unterstützt, die Macht der Bourgeoisie, die zunehmend einen extrem rechten Diskurs und eine faschistische Politik führt, bekämpfen. Eine Mobilisierung der Menschen ist notwendig, damit sie nicht isoliert und angegriffen werden. In diesem Sinne sind vier Aspekte hervorzuheben. Der erste Aspekt ist die Massifizierung: Die Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) ist eine Bewegung, die einen Kampf der Massen führt. Deshalb ist eine organisierte Bevölkerung fundamental für uns. Ein zweiter fundamentaler Aspekt ist Organisation und politische Bildung: Die Massen benötigen politische Bildung und Bewusstseins-schaffung. Ein dritter Aspekt ist Entwicklung unserer Territorien und die Produktion von Lebensmitteln. Die von uns erkämpften Gebiete, seien es die festen Siedlungen oder die acampamentos, müssen weiter entwickelt, Prozesse der Produktion von Lebensmitteln fortgesetzt werden. Denn die Lebensmittelproduktion ist die Form, mit der wir mit der Gesellschaft in Dialog treten können. Die große Herausforderung im Widerstand ist die Fortsetzung der Produktion von Lebensmitteln und die Diversifizierung der Produktion, um der Gesellschaft dadurch zu vermitteln, warum es die MST gibt und warum sie verteidigt werden muss.

Ohne Feminismus keine Agrarökologie Interview mit Ceres Hadich von der Nationaldirektion der brasilianischen Landlosenbewegung MST

von Svea Franz und Jan Erler (KoBra)*

Die Entwicklung unserer Siedlungen und Kooperativen ist sehr wichtig, um ein allgemeines Verständnis für die Agrarreform in der Bevölkerung zu schaffen. Ein vierter wichtiger Aspekt ist unsere Bündnispolitik. Diese ist eine Politik der Klassenallianz der Arbeiter*innen in Brasilien aus verschiedensten Bereichen zur Stärkung einer breiten Bewegung. Darüber hinaus sind Allianzen der Arbeiter*innenklasse Brasiliens mit Arbei-

ter*innen in der ganzen Welt sehr wichtig. Was gerade in Brasilien passiert - der erfolgte Putsch, der Angriff auf Demokratie und die Rechte der Arbeiter*innen, die Konflikte und Auseinandersetzungen - muss nach außen, der internationalen Solidarität, der Welt, bekannt gemacht werden. Es ist wichtig, dass die Welt hinsehen und darüber nachdenken kann.

Was können wir hier in Deutschland und international tun, um die MST zu unterstützen?

Die Bündnispolitik über die Grenzen Brasiliens hinweg ist fundamental für uns. Es ist wichtig, dass andere Individuen und Kräfte unseren Diskurs, unseren Narrativ weitererzählen und den Staatsstreich als solchen verurteilen. Unser Verständnis der aktuellen Situation in die Welt hinauszutragen ist unerlässlich, denn der Putsch manifestiert sich nicht nur durch die Politik sondern auch durch die Judikative und vor allem die Medien. Die Medien übernehmen eine sehr zentrale Rolle bei der Verankerung und Vollstreckung des Putsches. Die großen Medien sind oftmals die stärkste, wenn nicht gar die einzige Informationsquelle. Die Debatte, die über diese Wege in die Welt getragen wird, ist verzerrt. Deswegen ist das für mich ein unverzichtbarer Aspekt der internationalen Solidarität. Wir müssen es schaffen, andere Kanäle des Dialogs und der Debatten zu stärken, denn die Erzählweise der großen Medien darf auf keinen Fall die alleinige Vormacht haben. Es ist erforderlich, eine Gegenhegemonie aufzubauen. Zusätzlich können konkrete Maßnahmen der Bewusstseins-schaffung hier in Deutschland und weltweit gestaltet werden. Denn vieles von dem, was gerade in Brasilien vorgeht, ist nicht das alleinige Problem der Brasilianer*innen. Das, was

die brasilianische Arbeiter*innenklasse gerade durchmacht, hat die Arbeiter*innenklasse hier in Europa in anderen Dimensionen auch erlebt. Es handelt sich also um Probleme, die die ganze Welt betreffen. Die Probleme um die Reformen gegen Arbeitsrechte, Rentenreformen, der Angriff auf die Rechte im Allgemeinen, die Prekarisierung der Arbeit, Privatisierung unserer

natürlichen Rohstoffe, Angriff auf unsere nationale Souveränität, das Fehlen eines Rechts auf gesunde und erschwingliche Lebensmittel; all das sind Themen, die nicht nur in Brasilien aktuell sind. Vielleicht kann man die deutsche Gesellschaft für diese Angelegenheiten, die den Alltag der Arbeiter*innen bestimmen, wachrufen. Ich denke, diese Fähigkeit, die Debatte zu internationalisieren ist ein großer Beitrag.

Was bedeutet die Aussage „*Sem feminismo não há agroecologia*“ (auf Deutsch: Ohne Feminismus gibt es keine Agrarökologie“) für dich?

Dieser Aussage stimme ich zu. Unter Agrarökologie verstehen wir vielmehr eine Lebenseinstellung als eine reine landwirtschaftliche Praxis. Die Beziehungen, die Agrarökologie bilden, durchdringen unser gesamtes Leben. Schaffung von Agrarökologie heißt Beziehungen mit dem Leben und der Menschheit aufzubauen. Das beinhaltet nicht nur den Aufbau ökologischer Beziehungen, sondern auch sozialer und politischer Beziehungen. Das verlangt eine Verhaltensänderung von uns. Eine Frage, die in Zusammenhang mit dieser Debatte in unserer Bewegung häufig auftaucht, ist: Wie können wir bei Menschen mit wenig Wissen und bei Analphabet*innen ein Umdenken hin zu einem anderen Verhältnis zur Welt erreichen. Mit unwisenden Menschen kannst du die Welt nicht verändern und auch keine Agrarökologie schaffen. Es gilt: ohne Bildung auch keine Agrarökologie. Aus diesem Grund investiert die MST in Bildung, damit alle Landlosen lesen, schreiben und die Welt besser verstehen können.

Das Gleiche gilt auch für Geschlechterbeziehungen: Agrarökologie kann nicht mit Machismus, Patriarchat und Machtverhältnissen, die menschliche Entwicklung behindern, geschaffen werden. Es ist wichtig, die Menschen von Machismus und Patriarchat zu befreien, um Agrarökologie zu schaffen. Nach diesem Vorsatz arbeiten wir. Ein Schritt zur Befreiung der Frauen ist die ökonomische Befreiung. Es müssen sich also nicht nur die sozialen Verhältnisse ändern, sondern auch die Arbeitsverhältnisse.

Das Agrobusiness und das Modell der Monokultur haben beide einen machistischen, patriarchalen und egoistischen Charakter. Sie stehen für die patriarchale Kultur in der Landwirtschaft. Sie lassen keinen Raum für das Andere, für die Jugend, die Frauen und die Familien. Für die Schaffung der Agrarökologie müssen diese Verhältnisse verändert werden. Die Agrarökologie eröffnet Raum für die Befreiung der Frau. Dies meint nicht nur die soziale oder ideologische Befreiung, sondern auch die wirtschaftliche Befreiung. Die Agrarökologie erlaubt und fördert die Teilhabe und Integration der Frau in die Arbeitswelt und darüber hinaus in den Bereich der Aneignung des durch die Arbeit erzeugten Ertrags. Das Agrobusiness erlaubt dies nicht.

Ich gebe euch ein praktisches Beispiel hierzu: eine Familie auf dem Land, die sich der Milchproduktion widmet. Ein Teil des



Ceres Hadich (Mitte) mit Svea Franz und Jan Erler auf der Frühjahrstagung 2018 in Köln. Foto: Ernst Müller.

Produktionsraums, das Haus, macht mehr oder weniger 10 % der Gesamtfläche des Familienbetriebs aus: Die Hühner, die Schweine, der Garten, die Kinder, der Hof selbst. 90 % des Landes der Familie ist der Milchproduktion gewidmet: die Weide, der Stall, die Kühe. Dort liegt der Einkommensfokus in einem konventionellen Betrieb. Die Arbeit der Frau konzentriert sich meist auf Räume, in denen kein Einkommen erzeugt wird, während sich die Arbeit des Mannes auf jene Räume konzentriert, in denen Einkommen erzeugt wird. Folglich kann er sich das Einkommen aneignen. Agrarökologie kehrt diese Logik um, sowohl im Diskurs als auch in der Praxis. Sie ermöglicht es auch der Frau, in Räumen tätig zu sein, in denen Einkommen generiert wird und in denen sie in der Lage sein wird, sich Einkommen anzueignen. Im Gegensatz zur Monokultur fördert Agrarökologie gleichzeitig Biodiversität. Diese findet man auch in der Umgebung des Hauses: vielfältiges Gemüse, Früchte und kleine Tiere. Dies ermöglicht auch der Frau ökonomische Aneignung durch den Ertrag aus den Produkten, die sie erzeugt. Daher besteht eine sehr enge Beziehung und es macht durchaus Sinn zu sagen „Ohne Feminismus gibt es keine Agrarökologie“. Frauen sind Teil des Prozesses in der Agrarökologie und ein Teil der Befreiung der Frau geschieht über die ökonomische Aneignung. Nur durch eine Veränderung der Produktionsverhältnisse wird dies möglich.

Was sind die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den städtischen und ländlichen Frauenbewegungen?

Das Leben auf dem Land und in der Stadt ist sehr unterschied-

lich. Deswegen und weil unsere Lebenswelten verschieden sind, sind auch die Hürden, die wir in unseren zwischenmenschlichen Beziehungen einreißen müssen, sehr unterschiedlich. Auf dem Land herrscht durch seinen geschichtlichen Hintergrund ein starker Machismus. Der Zugang zur Wirtschaft ist für Frauen sehr beschränkt. Die ländlichen Frauen kommen aus einem Hintergrund, in dem das Recht der Männer sehr stark ausgeprägt ist, weswegen sie immer am meisten gelitten haben. Am Beispiel der Jugendmigration vom Land in die Stadt wird deutlich, dass bis heute die Frauen am stärksten betroffen sind. Junge Frauen sind am stärksten von dem historischen Problem des Zugangs zu Land betroffen. Aber wenn wir die Debatte einmal aus der Perspektive des Feminismus betrachten, würde ich die Aufmerksamkeit eher auf die unterschiedliche Wahrnehmung lenken. Was wir in der Landlosenbewegung und anderen uns nahestehenden Organisationen diskutieren ist eine Auslegung des Feminismus als Klassenproblematik. Und hier liegen wahrscheinlich einige Unterschiede der Gestaltung. Das lässt sich auch sehr gut an der LGBT-Debatte erkennen. Es geht nicht darum, dass diese auf dem Land, die wir als MST vorantreiben, in ihrem Konzept anders sei. Aber in unserer Gestaltung binden wir die Klassendebatte mit ein, denn alles ist miteinander verbunden. Wenn wir über Schwarze reden, muss es dabei auch um Klassen gehen. Es ist nicht einfach eine Debatte um Kategorien oder Positionen sondern sie ist immer mit Klassenkämpfen verknüpft. Deswegen glaube ich, dass diese Vorstellung den großen Unterschied macht. Unser Diskurs des Feminismus ist immer an die Klassenproblematik geknüpft. Unsere Vorstellung eines ländlichen und populären Feminismus muss immer die Sicht aus dem Blickwinkel der ländlichen Arbeiter*innenklasse einnehmen. Darin unterscheiden wir uns wahrscheinlich von den urbanen sozialen Bewegungen, die oft einen liberalen Feminismus vertreten, der sich zwar für Rechte einsetzt, aber nicht unbedingt den Bogen zur Klassenperspektive spannt. ■

* Ceres Hadich ist Agraringenieurin und Landwirtin aus Paraná. Sie arbeitet im Sektor Gender und politische Bildung bei der Nationalkoordination der Landlosenbewegung MST in São Paulo.

> Das Interview führten Svea Franz und Jan Erler von der KoBra-Geschäftsstelle am 14. April 2018 auf der Frühjahrstagung im Allerweltshaus in Köln, die Ceres Hadich und Matheus Gringo de Assunção von der MST im Rahmen ihrer Delegationsreise besucht haben.

Der Putsch in Brasilien, und ich spreche nicht vom Putsch 1964, war ein autokratischer Akt unter Anwendung von rechtlichen Instrumenten mitten im 21. Jahrhundert. Die Hauptdarsteller in diesem Akt? Auf der einen Seite eine Präsidentin, die von Teilen der Bevölkerung als links angesehen wurde. Auf der anderen Seite ein weißer Mann, der von bedeutenden Teilen der Bevölkerung als rechts betrachtet wird und aus der dominierenden Klasse stammt. Dieser Putsch, der sich durch eine Verschiebung der politischen Kräfte auszeichnet, hat auch tiefe soziale Veränderungen im Bereich der Staatsmacht und der Vorstellungskraft der Bevölkerung hervorgebracht. Es handelt sich um eine historische Entwicklung, in der sich die Ungleichheit durch den Abbau von Rechten einerseits und durch die Diskriminierung und Kriminalisierung von armen Jugendlichen und Frauen andererseits verschärft. Zur gleichen Zeit erheben sich andere Elemente mit einer grundverschiedenen Einstellung zur Gestaltung von Politik und der herrschenden Vorstellungswelt. Für eine schwarze Frau aus den Favelas, die sich als Linke versteht, ist es ein historischer Meilenstein mit 45.000 Stimmen in den Gemeinderat gewählt zu werden. Diese Gegensätze, zwei Seiten einer Medaille, mit unterschiedlichem Koordinatensystem, bestimmen die politische Szene.

Frau, Schwarz, aus der Favela und Parlamentarierin: Widerstand und Pleonasmus

von Marielle Franco*

Während ihrer Amtszeit sah sich Dilma Rousseff mit vielen Herausforderungen konfrontiert, die vor allem daher rührten, dass sie die erste Frau war, die dieses Amt innehatte, und in direkter Nachbarschaft des Präsidialamtes der konservativste Kongress der brasilianischen Geschichte tagte. Es ist kein Zufall, dass die Amtsenthebung schnell ihr patriarchales Gesicht zeigte und die großen Errungenschaften der Frauenbewegung täglich bedroht. Unsere politischen Aktionen müssen deshalb darauf abzielen, dass wir die Machtzentren besetzen, um ein Klima zu schaffen, in dem mehr Frauen ihre Stimme erheben können und unsere Forderungen überall hörbar werden.

Die Stereotypen, die mit einem angemessenen Verhalten von Frauen assoziiert werden, sind Facetten eines konservativen Diskurses. Ein Diskurs der weltweit an Einfluss gewinnt und diejenigen, die nicht Teil der dominierenden Gesellschafts-





Marielle Vive - Trauerzug am Tag nach der Ermordung von Marielle und Anderson in Rio de Janeiro
Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0) <https://www.flickr.com/photos/midianinja/>.

schicht sind, von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließt. Mit dem Gerede von der „Wirtschaftskrise“ wird versucht, uns unsere Rechte zu nehmen. Je weiter das voranschreitet umso verwundbarer sind wir Schwarzen, wir Frauen, gegenüber der alltäglichen Gewalt und dem Rassismus. Über den blanken Widerstand hinaus geht es hier um eine fundamentale Umkehr der gesellschaftlichen Kräfte zu unseren Gunsten.

Ungeachtet unserer Kritik an den Regierungen der Arbeiterpartei (PT) zielte unser Kampf immer auf mehr Rechte, auf eine Konfrontation der Ungleichheit ab. Wir wollten politische Maßnahmen, die ein Brasilien hervorbringen, in dem die Lebensbedingungen für alle besser sind. Wir wussten, dass der Ausgleich zwischen den Klassen begrenzt sein würde und dass eine Regierung, die in der bestehenden Machtstruktur agiert, nie genügend Kräfte bündeln könnte um alle Ungleichheiten zu überwinden. Grundsätzliche Probleme wie der Genozid an Indigenen und schwarzen Jugendlichen werden vom Staat, wenn überhaupt, nur unzureichend angegangen, und es mangelt an effizienten Gesetzen, die in der Lage sind, diese Konflikte zu überwinden.

Die illegitime Regierung gibt währenddessen den politischen Eliten noch mehr Macht und geht gegen politischen Widerstand mit starker Repression vor. Temer hat den Auftrag übernommen, die Strukturreformen umzusetzen, die von den Großunternehmer*innen und den internationalen Finanzinstitutionen vorgelegt wurden. Der Abbau von Arbeitnehmer*innen-Rechten und die Rentenreform zum Beispiel sind grundlegende Teile der Strukturreform, die zur Zerstörung

von Frauenrechten führen.

In einem Land mit alarmierender Geschlechterungerechtigkeit, in dem Frauen weniger Gehalt bekommen als Männer, in dem es Frauen schwer gemacht wird, in formelle Arbeitsverhältnisse zu gelangen, indem sie weit mehr von Arbeitslosigkeit betroffen sind und trotzdem noch für die reproduktiven Tätigkeiten im Haushalt zuständig sind, ist die Bewältigung des Alltags eine konstante Herausforderung. Wenn es jetzt schon schwierig ist, für eine Hausangestellte eine formelle Tätigkeit über 15 Jahre nachzuweisen, stellt euch vor wie es sein wird, wenn die Anforderung auf 25 Jahre angehoben wird, so wie es im aktuellen Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Der Putsch betrifft auf sozialer, wirtschaftlicher und symbolischer Ebene die Mehrheit der Bevölkerung, aber er trifft mit zerstörerischer Gewalt uns Frauen. Sogar schon vor dem Putsch machten die Proteste des „Frühlings der Frauen“ auf den absurden Gesetzentwurf aufmerksam, der den Zugang zu Abtreibung in den wenigen erlaubten Fällen noch erschweren soll. Der Marcha das Margaridas und der schwarzen Frauen in Brasília haben die Stärke und die Diversität unserer Bewegung gezeigt. Am vergangenen 8. März hat eine internationale Allianz Millionen von Frauen auf die Straße gebracht, die gegen die Arbeitsmarkt- und Rentenreform protestierten. Deshalb besetzen wir trotz staatlicher Repression, gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen, Straßen, Plätze und andere öffentliche Räume. Dekriminalisierung, die Verteidigung unserer sozialen und wirtschaftlichen Rechte und das Einfordern vom Recht auf Unterschiedlichkeit – das sind unsere ak-

tuellen Herausforderungen.

Wir sind zuversichtlich, dass ein Kabinett, das mehrheitlich mit Frauen besetzt ist, mit einem Fokus auf die Themen Geschlecht, negritude und Favelas, die Kräfte bündeln kann um eine bessere Ausgangslage für die aktuellen Herausforderungen zu erreichen. Der Dialog mit anderen Frauen, die eine repräsentative Rolle im Staat und in der Zivilgesellschaft spielen, sowie der Austausch mit anderen ausgebeuteten und ausgegrenzten Sektoren der Gesellschaft wird eine entscheidende Rolle dabei spielen, die dominierende Klasse aufzuhalten und neues zu erringen. Wir müssen einen gesunden Menschenverstand fördern, eine neue politische Ästhetik entwickeln, die Geschlechter, Rassen und Territorien miteinander bezieht und das Leben der Menschen über den Profit stellt. Wir können feststellen, dass es ein großer Sieg der Bourgeoisie war, eine Kultur zu erschaffen, in der die Korruption als das größte Problem Brasiliens angesehen wird. Ein moralischer Diskurs mit einer unmittelbaren Latenz im Leben der Menschen. Dadurch sind wir von der Linken in einer ungünstigen Situation mit desaströsen Konsequenzen für die ärmsten Teile der Bevölkerung. Die Ungleichheit herausfordern und überwinden – das ist die aktuelle Herausforderung, der wir uns gegenübersehen. Dadurch können wir gesellschaftliche Transformation vorantreiben, um ein würdevolles Leben zu leben und den Kapitalismus gemeinsam überwinden.

In diesem Essay möchte ich die Herausforderungen markieren, mit der uns die aktuelle Konjunktur konfrontiert. Ich möchte einige Lösungsvorschläge vorstellen, die wir durch unsere Mandate erarbeitet haben, und Veränderungsmöglichkeiten aufzeigen. Als schwarze Frau aus der Favela Maré und überzeugte Feministin habe ich die Aufgabe angenommen, im

Stadtrat unsere Anliegen zu vertreten. Darüber hinaus stelle ich mich der Herausforderung, den Boden für einen Austausch mit den strategischen Partnern zu bereiten, um den Vormarsch des Kapitals aufzuhalten und ein besseres Umfeld für Menschen zu schaffen, die ihr Recht auf Anders-Sein einfordern. Ein Umfeld, in dem das Leben und die Menschenwürde die Maßstäbe setzen. Darum ist die Empathie mit Frauen, Schwarzen und den Ärmsten zentrales Element im Widerstand gegen die Mächtigen.

Rio de Janeiro

Durch die Geschichte unterscheidet sich Rio de Janeiro von allen anderen Metropolen des Landes. Für den größten Teil ihrer Geschichte war Rio de Janeiro die Hauptstadt Brasiliens und ein Bundesstaat für sich. Erst 1975 wurde sie in den Bundesstaat Fluminense integriert.

Einzigartige Bedingungen, um eine Metropolen-Identität herauszubilden. Die Stadt, in der wir leben gehört zu den 50 größten Städten der Welt. In den letzten Jahren wurde die politische Landschaft sowohl auf bundesstaatlicher Ebene als auch in der Stadt von der PMDB beherrscht (bis zu den Wahlen 2016). Es ist wichtig die großen Widersprüche hervorzuheben, die am Beispiel der Wahlen gezeigt werden können. Zur gleichen Zeit, in der einer der großen Protagonisten des Putsches, Eduardo Cunha, als Abgeordneter gewählt wurde, zog auch Jean Wyllys, Verteidiger von LGBT-Rechten, in die Abgeordnetenversammlung ein.

Meine Rolle als Koordinatorin der Kommission für Menschenrechte in der gesetzgebenden Versammlung von Rio de Janeiro (Alerj) brachte mich in direkten Kontakt mit den Konsequenzen des rassistischen und patriarchalen Vorhabens

der PMDB. Das Projekt der Befriedungspolizeieinheiten (UPP) hat uns, trotz internationaler Auszeichnungen, in eine trostlose Situation gebracht, insbesondere angesichts der Krise, in der die bundesstaatliche Regierung steckt. Das herausstechendste Merkmal ist das Gewaltszenario und die Zahl der Toten, die beängstigend steigt. Grund dafür sind die täglichen Zusammenstöße überall in der Stadt, aber insbesondere in den Favelas im Norden und Westen der Stadt. Diese Situation kann sich sogar noch verschlechtern, wenn man die Unfähigkeit des Staates betrachtet, ein Strafrecht aufzubauen, das sich am Schutz des Lebens orientiert und nicht an der Ausweitung der Bestrafung. Die Arbeit in der Kommission hat mich gelehrt, dass es in Rio de Janeiro noch immer notwendig ist, das eigentlich Offensichtliche zu ver-

Marielle Vive! Anjos70 - Lisboa, Portugal Foto: Mídia Ninja - (CC-BY-NC)
Quelle: <https://www.flickr.com/photos/midianinja/41585350454/>



teidigen: das Leben. Dass es grundlegende Menschenrechte gibt, die es zu respektieren gilt. Dass die Favelas nur als Orte der Angst, der Misere und Kriminalität gesehen werden, aber eigentlich Territorien sind, in denen viel Potential verloren geht und die unter der fehlenden öffentlichen Unterstützung leiden. Es ist keine natürliche Konsequenz was dort passiert. Wir müssen ein breites Konzept der öffentlichen Sicherheit mit einer sozialen Perspektive praktizieren, das den Schutz des Lebens in den Mittelpunkt rückt. Unzählige Familien, Mütter, Schwestern, Großeltern machen das Schlimmste durch: den Verlust ihrer Söhne, ihrer Töchter und anderer Angehöriger, und das mitten in der alltäglichen Militarisierung des Drogenkriegs, in der sie zwischen die Fronten der Milizen und des Staates geraten. Dieser Zustand verursacht unermessliche psychische und physische Auswirkungen. Angebliche Lösungen, wie die Verwendung von kugelsicherem Mörtel für Schulen, werden nicht die verwundbaren Körper schützen können, die täglich ihrer Rechte beraubt werden.

Das Beispiel der Vila Autódromo veranschaulicht, dass Profit wichtiger ist als das Leben der Menschen. Um Platz zu schaffen für die Fußball-Weltmeisterschaft und die Olympischen Spiele wurden 20.299 Familien (ca. 67.000 Menschen) zwischen 2009 und 2013 von der Präfektur aus ihren Häusern vertrieben. Weiteren tausenden Menschen wurde ihr Haus durch ein Dekret weggenommen, das zahlreiche Vorschriften für das Recht auf Wohnen missachtete. Die betroffenen Familien kämpften mit ihren Mitteln für die Anerkennung ihrer Rechte und irgendeiner Form von Schutz durch den Staat. Die Geschichte der Vila Autódromo ist sehr bedeutend, denn die mutigsten Kämpferinnen der Vila haben mich darin bestätigt, mein Mandat für den Kampf der Frauen in allen Gebieten wahrzunehmen. Als wir Marcelo Freixo als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters für die PSOL vorstellten, ging es uns darum, einen Gegenentwurf zur Stadtentwicklung des scheidenden Bürgermeisters Eduardo Paes zu markieren. Wir verteidigen ein Rio de Janeiro für die Menschen. Nun gut, wir haben es nicht geschafft die Wahl zu gewinnen aber die Kampagne war erfolgreich. Wir erreichten den zweiten Wahlgang und stellen sechs Abgeordnete im neuen Stadtrat.

Für mich als Feministin ist es eine Provokation, zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt einen Bischof einer der größten Kirchen des Landes als Bürgermeister zu haben. Es besteht die Gefahr, dass er eine Politik macht, die eher durch Religion als durch den Laizismus geleitet wird. Unsere erste Feuerprobe seiner Amtszeit war die öffentliche Anhörung über den städtischen Bildungsplan, die trotz ihrer Wichtigkeit und großen Bandbreite nur durch die Debatte über die „Genderideologie“ und das Projekt „escola sem partido“ bestimmt

war. Wie auch auf nationaler Ebene gibt es einen organisierten Diskurs, der die Vorschläge für eine diversifizierte und inklusive Bildungspolitik unterdrückt. Der Diskurs lenkt die Aufmerksamkeit von vielen Notwendigkeiten auf eine leere Debatte. Trotz all dieser Hindernisse bleiben wir nicht in der Defensive. Der Feminismus ist in den letzten Jahren stärker geworden. Wir besetzen die sozialen Netzwerke und die Straßen mit provokanten Kampagnen, Performances und Texten. Mit dieser Dynamik bauen wir unsere Vorschläge weiter aus. Der erste Vorschlag, den ich in die Abgeordnetenkammer in Rio de Janeiro eingebracht habe, war ein Programm, das den Zugang von Frauen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen garantiert. Ein Recht, das in den letzten Jahren mehr als der Hälfte der Frauen abgesprochen wurde, als sie ein Krankenhaus aufgesucht hatten. Ein weiterer Gesetzentwurf versucht die Beschäftigungsmöglichkeiten für Mütter zu verbessern, indem die Betreuungszeiten für ihre Kinder erweitert werden. So verfolgen wir weiterhin unser parlamentarisches Mandat, dem Leben in seinen unterschiedlichen Dimensionen verpflichtet und mit klaren Bezügen zu den Menschen, die ausgebeutet, marginalisiert und kriminalisiert werden. Wir wollen Frauen, Schwarze und Arme darin fördern, zu aktiven Subjekten der Gesellschaft zu werden. Eine Stadt mit Rechten zu erobern ist eine fundamentale Aktion für die heutige Revolution. Das ist unser Platz, das sind die Herausforderungen für unser Mandat. ■

* Die Menschenrechtsaktivistin und Stadträtin der PSOL in Rio de Janeiro, Marielle Franco (eigentlich Marielle Francisco da Silva), wurde am 14. März 2018 auf offener Straße ermordet. Dieser Text ist zuerst erschienen in „O Golpe na Perspectiva de Gênero“ von Linda Rubim & Fernanda Argolo (2018).

> Übersetzt und gekürzt von Fabian Kern.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre ist ein Zusammenschluss von 26 Einzelorganisationen in Deutschland, die sich gegen Rüstungsproduktion, Umweltzerstörung, die Nutzung der Atomenergie, unsoziale Arbeitsbedingungen und für mehr Nachhaltigkeit bei großen börsennotierten Unternehmen einsetzen. Etwa 1.200 Aktieninhaber*innen haben dem Dachverband ihre Stimmrechte übertragen und unterstützen damit seine Ziele. Dank dieser Aktien können Aktivist*innen im Auftrag des Dachverbands bei den Hauptversammlungen ihre Kritik an der Firmenpolitik im höchsten Entscheidungsgremium des Konzerns vortragen. Schlussendlich sind es nämlich die Aktionäre und Aktionärinnen, die den Vorstand sowie den Aufsichtsrat entlasten.

Bereits Mitte Januar bekamen die Hauptversammlungen von Thyssen Krupp und Siemens Besuch von den Kritischen Aktionären. Im Februar 2017 verkaufte Thyssen Krupp nach zahlreichen provisorisch erteilten Betriebsgenehmigungen sein Stahlwerk im Bundesstaat Rio de Janeiro an das argentinische Unternehmen Ternium, das seinen Sitz in der Steueroase Luxemburg hat. Damit wollte der Stahlkonzern das umstrittene Projekt loswerden. Die moralische Verantwortung für die Umweltbelastungen, die das Werk über die vergangenen Jahre verursacht hat, können sich die Verantwortlichen nicht entledigen. Allerdings eröffnete der Buchautor¹ Christian Russau in seiner Rede den Anleger*innen, dass „bei der derzeit laufenden verfassungsrechtlichen Überprüfung von in der Vergangenheit gewährten steuerlichen Vergünstigungen für Thyssen Krupp CSA eine Risikoteilung mit dem neuen

bildung sowie Veruntreuung im Amt verurteilt.

Ende Januar stand dann die Hauptversammlung von Siemens an. Der Ableger „Siemens Brasilien“ hat sich dort nach Anti-Korruptionsermittlungen selbst angezeigt. Grund für die Ermittlungen war die Vergabe öffentlicher Aufträge für Öffentlichen Nahverkehr in São Paulo: Bei dem „U-Bahn-Kartell“ ging es um Aufträge in Höhe von umgerechnet bis zu 130 Millionen Euro, bei denen die am Kartell beteiligten Firmen einen Aufpreis von 30 Prozent vereinbarten.

Von den beteiligten Unternehmen Siemens Brasilien, Alstom Brasilien und Bombardier Brasilien fordert die Staatsanwaltschaft Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe. Im konkreten Fall von Siemens Brasilien fordert der zuständige Staatsanwalt Dr. Marcelo Milani sogar die Auflösung des Unternehmens wegen wiederholt kriminellen Verhaltens.³

Der zur fraglichen Zeit verantwortliche Direktor von Siemens Brasilien, Adilson Primo, wurde vom Mutterkonzern in Deutschland entlassen, da im Zuge von internen Siemens-Ermittlungen festgestellt worden war, dass er und zwei weitere Siemens-Mitarbeiter über ein geheimes Bankkonto in Luxemburg mit sieben Millionen Euro verfügten. Die Ergebnisse dieser internen Ermittlungen wurden aber trotz mehrfacher Nachfrage nie mit den brasilianischen Behörden geteilt.

Im Mai standen dann vier weitere Hauptversammlungen von Konzernen mit Brasilienbezug an.

Zuerst wurde dem Vorstand von Volkswagen zum wiederholten Male der Vorwurf gemacht, in den 1970er Jahren

mit den Repressionsorganen der brasilianischen Militärdiktatur kooperiert zu haben. Christian Russau schloss seine Rede mit dem Vorwurf der Beihilfe zur Folter seitens VW: „Wenn also dem damaligen Vorstand von VW do Brasil vollumfänglich bekannt war, dass Brasiliens Regime foltern und morden ließ, musste ihnen auch klar gewesen sein, was

mit den Menschen passierte, nachdem VW do Brasil Informationen über diese Personen an das Folterregime weitergab. [...] Somit trägt Volkswagen die volle Mitverantwortung dafür, dass seine VW do Brasil-Vorstände in São Paulo durch die Informationsweitergabe über eigene Mitarbeiter an das Folterregime wissentlich und billigend in Kauf genommen haben, dass sein ihm weisungsge-

Deutsche Aktienkonzerne in Brasilien Kritische Aktionäre fragen auf Hauptversammlungen nach

von Fabian Kern*

Eigentümer vereinbart wurde.“² Falls also herauskommt, dass der damalige Gouverneur von Rio de Janeiro, Sérgio Cabral, dem Unternehmen unrechtmäßige Steuererleichterungen gewährt hat, müssten auch die Essener Geld nachschießen. Sérgio Cabral wurde übrigens zwischenzeitlich in anderen Verfahren zu 87 Jahren Haft wegen Korruption und Schmiergeldern, krimineller Banden-

bunden unterstellter Werksschutz Menschen direkt der Folter ausgeliefert hat. Wie dieses Vorgehen von Volkswagen nicht als vorsätzliche und wissentliche Beihilfe zur Folter gewertet werden kann und VW weiterhin von einer Einzeltäterthese ausgeht, erschließt sich uns Kritischen Aktionärinnen und Aktionären in der Tat nicht.“⁴

Im Vorfeld der Hauptversammlung der Deutschen Bank wurde eine öffentliche Veranstaltung und ein Treffen mit Politiker*innen in Berlin organisiert⁵. Dort erklärten Joceli Andrioli von der brasilianischen Bewegung der Staudambetroffenen - MAB und die direkt Betroffene Maria José Horta Carneiro Silva von den Auswirkungen des Dammbruchs in Mariana vom 05.11.2015. Zwischen 2010 und 2017 stellte die Deutsche Bank der brasilianischen Vale 701 Millionen Euro und der anglo-australischen BHP Billiton 622 Millionen Euro an Krediten und Anleihen zur Verfügung. Außerdem hält die Deutsche Bank Aktien an den beiden Unternehmen in Höhe von 283 Millionen Euro. Die beiden Unternehmen sind jeweils 50 %ige Anteilseigner der für den Damm verantwortlichen Firma Samarco. Die angereisten Gäste warfen dem Unternehmen vor, den Dammbruch billigend in Kauf genommen zu haben. In Folge des Dammbruchs sind 19 Menschen gestorben und eine schwangere Frau verlor ihr Kind, als sie von der Schlammlawine erfasst wurde. Außerdem wurden 580 km Flusslauf sowie 200 km Atlantikküste verschmutzt. Die Folgeschäden für die Landwirtschaft, den Fischfang und die Trinkwasserversorgung der Region sind auch 2,5 Jahre nach dem Dammbruch nur schwer zu beziffern.

Wichtig zu erwähnen ist die Rolle, die die internationalen Finanzinstitute zum Schutze der Menschenrechte haben, wie sie der Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, skizziert. Daraus müsste eigentlich die Einsicht folgen, dass die Deutsche Bank ihre Anlage- und Kreditpolitik einer genauen Überprüfung unterzieht, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsklauseln greifen, und dass interne Mechanismen geschaffen werden, die eine Identifizierung von Risiken in diesen Bereichen ermöglichen.

Das internationale Netzwerk der von der Firma Vale Betroffenen (Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale) hat extra für die Hauptversammlung der



Alan Tygel Aktivist und Koordinator der brasilianischen Kampagne gegen Agrargifte (Chega de Agrotóxicos) bei der BAYER Hauptversammlung Foto: Kritische Aktionäre.

Deutschen Bank einen Protestbrief verfasst, den die kritischen Aktionär*innen in ihrem Namen auf der Aktionärsversammlung vortragen sollten. Das Netzwerk war am 13. April bereits zum siebten Mal bei der Hauptversammlung der Firma Vale in Rio de Janeiro und hat dort dem Konzern die Leviten gelesen. In Frankfurt nun sollte noch einmal im Namen des Netzwerks gegen Vale protestiert werden. In dem verlesenen Brief beklagt das Netzwerk die fehlenden Ausgleichs- und Entschädigungsmaßnahmen für die von der Nickelmine Onça Puma betroffenen Indigenen Xikrin und Kayapó in Pará. Außerdem brachten sie die tödlichen Unfälle an der von Vale betriebenen Estrada de Ferro Carajás (EFC) sowie das Auffinden von illegal geschlagenem Tropenholz auf den Vale-Baustellen auf die Tagesordnung. Als drittes stand die Hauptversammlung der Fraport AG an. Fraport Brasil hat zum 2.1.2018 den Betrieb des brasilianischen Flughafens „Salgado Filho“ in Porto Alegre für die Dauer von mindestens 25 Jahren übernommen. Die 100%ige Fraport-Tochter droht 2.100 Familien der angrenzenden Vila Nazaré wegen der geplanten Landebahnerweiterung mit Zwangsumsiedlung. Die Bewohner*innen lehnen diese strikt ab und werfen Fraport und der Lokalregierung vor, in einem Klima von Drohungen und Einschüchterungen die Rechte der dort lebenden Arbeiterfamilien zu missachten und eine miserable Informationspolitik zu verfolgen.

Die lokale Verwaltung stellt zunächst die öffentlichen Dienste ein: keine Asphaltierungen von Straßen mehr und die Schulen sowie staatliche Gesundheitsposten wurden geschlossen. Wer es wagt, das Wort zu erheben und zu widersprechen, wird durch die Militärpolizei

eingeschüchtert. Die Bewohner*innen berichten von täglichem Polizeiterror in der Gemeinde; aus Polizeiwagen schauen ver mummt Polizisten heraus und machen die Gestik des Auf-die-Kinder-Schießens, so die uns vorliegenden Erfahrungsberichte aus der Vila Nazaré. Bewohner*innen wurden von Polizisten verprügelt und es soll zu Fällen von Folter durch die Polizei gekommen sein. Wenn also solche Polizisten die Interviewer der von Fraport Brasil beauftragten Firma Itazi zur Befragung der Bewohner*innen begleiten, so wird klar, wieso die Menschen eingeschüchtert sind.

Bei der Fraport AG handelt es sich nicht um irgendeine Aktiengesellschaft im privaten Streubesitz. Dieser Fall ist gerade pikant, weil sich die Mehrheit der Aktien in öffentlicher Hand befindet. Die Stadt Frankfurt sowie das Land Hessen können gemeinsam die Politik des Unternehmens mitbestimmen. Die Fraport AG wird mehrheitlich vom Land Hessen (31,32 Prozent), der Stadt Frankfurt (20 Prozent) und der Lufthansa (8,45 Prozent) kontrolliert. Damit entscheiden am Ende auch deutsche Lokal- bzw. Landespolitiker*innen über die Vertreibung der 2.100 Familien in der Vila Nazaré.

Am 25. Mai stand die Hauptversammlung der BAYER AG an. Der Pharma-Konzern ist gerade dabei, Monsanto zu übernehmen und sich damit im internationalen Saatgut- und Pestizidmarkt neu zu positionieren. Die Übernahme wird als Konsequenz aus der weltweiten Machtkonzentration in dieser Branche eingeschätzt, die spätestens mit der Fusion von Dow Chemical und Dupont 2015 eingeläutet wurde und mit der Übernahme von Syngenta durch ChemChina einen weiteren Schritt gemacht hat. Sowohl im Saatgut- als auch im Pestizidbereich kommt es durch diese Konzernfusionen zu massiven Monopolstellungen⁶, die sich insbesondere auf den Agrarmarkt in Brasilien auswirken werden, denn wie Verena Glass schon bei der letztjährigen Hauptversammlung feststellte, ist „Brasilien im achten Jahr in Folge Weltmeister im Verbrauch von Agrargiften... Es ist vor allem der Verbrauch von Herbiziden, der sich mit der Hegemonie der GMO-Pflanzen verdreifacht hat.“⁷ Diese Gentechnisch Modifizierten Organismen (GMO) stehen in der Regel unter Patentschutz, der nach diesen Fusionen ebenfalls bei nur wenigen Konzernen konzentriert ist. Genau diese Kritik brachte dieses Jahr auch der extra aus Brasilien angereiste Alan Tygel von der 'Permanenten Kampagne gegen Agrargifte und für das Leben' („Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida!“) bei Bayer zur Sprache.

Und dann steht zwischen Juni und August die Hauptver-

sammlung von „Deutschlands tödlichstem Konzern“ an, wie der Rüstungskritiker Jürgen Grässlin die Waffenschmiede von Heckler&Koch immer bezeichnet. Dieses Jahr wird auch dort ein Brasilien-Thema von den Kritiker*innen aufs Podium der offenen Aussprache gehievt: Denn vor Kurzem wurde bekannt, dass die Lokalpolitikerin aus Rio, Marielle Franco, im März mit einer MP5 von Heckler&Koch aus dem Schwarzwald exekutiert⁸ wurde.

Lesetipp:

Mit deutschen Konzernen in Brasilien beschäftigt sich das Buch „Abstauben in Brasilien“, das 2016 im VSA erschienen ist. Der Autor Christian Russau ist Vorstandsmitglied bei den Kritischen Aktionären und Aktionärinnen und begleitet die Machenschaften Deutscher Konzerne in Brasilien seit vielen Jahren. ■

* Fabian Kern ist als freier Journalist seit 2012 regelmäßig für die Kooperation Brasilien tätig. Außerdem produziert er den zweisprachigen Podcast +1C@fé in dessen Juni Ausgabe Alan Tygel und Christian Russau zu Gast waren. (www.noch1cafe.org).

- 1 Christian Russau: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielicht <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/abstauben-in-brasilien/>
- 2 Rede Christian Russau, Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Hauptversammlung der Thyssenkrupp AG am 19. Januar 2018 in Bochum https://www.kritischeaktionae.de/fileadmin/Dokumente/Thyssenkrupp/Thyssenkrupp_2018/Rede_Christian_Russau_Thyssenkrupp-HV-2018.pdf
- 3 „Siemens ist in Brasilien illegal tätig und muss deshalb aufgelöst werden“ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/201esiemens-ist-in-brasilien-illegal-taetig-und-muss-des-halb-aufgeloeset-werden201c>
- 4 VW und die Militärdiktatur: Einzeltäterthese hanebüchen <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/vw-und-die-militaerdiktatur-einzeltaeterthese-hanebuechen>
- 5 Schlamm drüber? Kampf um Gerechtigkeit am Rio Doce in Brasilien <https://www.kooperation-brasilien.org/l/00184>
- 6 Agropoly Broschüre: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/broschuere-agropoly-weltagrarrhandel-2014.pdf> - Seite. 10 & 12 (Stand 2014)
- 7 Bayer, Monsanto und Pestizide in Brasilien <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-monsanto-und-pestizide-in-brasilien-1>
- 8 Mord an Marielle Franco: Manipulierte Kameras, Polizisten als Mörder, deutsche Mordwaffe <https://favelawatchblog.com/2018/05/21/mord-an-marielle-franco-manipulierte-kameras-polizisten-als-morder-deutsche-mordwaffe>



Stellungnahme KoBra: Demokratie in Brasilien in Gefahr

Als Netzwerk der Brasilien-solidarität im deutschsprachigen Raum verfolgt KoBra die politischen Entwicklungen in Brasilien seit mehr als 25 Jahren und besonders seit der Amtsenthebung der demokratisch gewählten Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016. KoBra hat diese politisch motivierte Amtsenthebung als institutionellen Putsch verurteilt.

Die Verurteilung des Ex-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterpartei Luiz Inácio Lula da Silva stellt eine weitere Gefährdung der demokratischen Verhältnisse dar. Dahinter steht das Ziel, Lula von der Kandidatur für die Wahlen 2018 auszuschließen. Wenn die Neutralität der Richter*innen nicht mehr deutlich erkennbar ist und politische Absichten spürbar werden, sind rechtsstaatliche Grundsätze in Frage gestellt. In diesem Fall entscheiden die Richter*innen womöglich über die politische Zukunft Brasiliens. Eine neue Dimension erreicht das Szenarium dadurch, dass sich auch Militärs in der Schuldfrage Lulas öffentlich äußern. Die ehemalige deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin hat das Rechtsverfahren gegen Lula als unrechtmäßig beurteilt.

KoBra nimmt in Analysen durchaus eine kritische Haltung zu Lula und der PT ein. Jedoch werden in der aktuellen Situation Differenzen zurückgestellt und die Solidarität mit den sozialen Bewegungen, der Linken und Lula in Brasilien steht im Vordergrund, um eine weitere Demontage der Demokratie und der Menschenrechte zu verhindern.

Gleichzeitig nehmen die Radikalisierung und die Gewaltbereitschaft in der politischen Landschaft Brasiliens zu. Das aktive Handeln von zivilgesellschaftlichen Gruppen wird schwieriger. Dazu zählt die Zunahme von Gewalt gegen Verteidiger*innen von Menschenrechtsfragen wie zuletzt der Bürgerrechtlerin Marielle Franco und deren Fahrer Anderson Pedro Gomes, die am 14.03.2018 auf offener Straße hingerichtet wurden. Der Atlas der Zivilgesellschaft von CIVICUS stuft die Menschenrechtssituation in Brasilien als höchst problematisch ein.

Soziale Bewegungen werden heute zunehmend vom brasilianischen Staat kriminalisiert und durch Gesetzesvorlagen werden deren Aktivitäten als terroristische Taten diffamiert. Da Deutschland eine strategische Partnerschaft zu Brasilien unterhält, erachten wir es als wichtig, dass sich die Bundesregierung für die Verteidigung der Demokratie in Brasilien einsetzt und ihre Verantwortung wahrnimmt.

KoBra Mitgliederversammlung vom 14.04.2018.

Die Stellungnahme wurde bis zum 15.06.2018 von 14 Organisationen und 105 Einzelpersonen unterzeichnet.





KoBra Brasilicum #248 | März 2018 - *Wahlen, Wut, Widerstand! ... und die neue Macht des Agrobusiness*

Dieses Heft ist der Tagungsreader für die Frühjahrstagung der Kooperation Brasilien, die zwischen dem 13. und dem 15. April in Köln stattfand. Zunächst beschäftigen wir uns mit der neuen Macht des Agro-Business in Brasilien. Im zweiten Teil des Hefts wenden wir uns den aktuellen politischen Geschehnissen in Brasilien zu.



KoBra Brasilicum #246/247 | Oktober 2017 - *Kein Recht weniger! Kampfzone Menschenrechte*

Neben der allgemeinen politischen Analyse haben wir uns in dieser Ausgabe auf die Themen Menschenrechte, Umweltschutz und Demokratie fokussiert um dort auf die konkreten Auswirkungen der Amtsenthebung in Brasilien hinzuweisen.



KoBra Brasilicum #245 | Juli 2017 - *Eine Frage des Geschlechts - Gender und Diversität in Brasilien*

Neben einem internen Rückblick auf die KoBra Geschichte der vergangenen 25 Jahre gibt es Hintergrundinformationen zu den politischen Entwicklungen in Brasilien. Dieses Heft diente zur Vorbereitung auf die Frühjahrstagung 2017 in Berlin.

Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint dreimal jährlich (eine Doppelausgabe) zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Abo-Gedruckt: 20€ (Inland); Abo- PDF: 16€
Einzelbezug: 5€ (zzgl. 1,50€ Versandkosten Inland)

